



»Im Bewußtsein der Vergangenheit
eine bessere, friedlichere Zukunft
aufzubauen, das vereint uns«

50 JAHRE PARTNERSCHAFTSABKOMMEN
ZWISCHEN DGB UND HISTADRUT



3.9.1975

Partnerschaftsabkommen

...arbeit zwischen dem israelischen
Gewerkschaftsbund sowie ihre Part-
ner des Freien Gewerkschaften haben sich
Beitrag zur Überwindung der Belastungen
zwischen den beiden Völkern aufgebaut
und gemeinsames Eintreten für eine fried-
lichen hat die engen Bande zwischen den Orga-
nisationen der Bundesrepublik und der
Israelischen Gewerkschaften durch Besuche in Israel
von den großen Erfolgen der Entwicklungs- und
Arbeitnehmer überzeugen, wie die vielzähligen
Bundesrepublik Zeugen wurden des Aufbaus eines
Landes.
Informationsfluss und Erfahrungsaustausches zwischen
die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation
gemeinsamen Möglichkeiten enger Zusammenarbeit so-
der bilateralen Beziehungen wie auch im Rahmen der inter-
nen soll die bestehenden guten Beziehungen weiter fördern.
Besondere dazu beitragen, das Verständnis für-
austauschen auf den Gebieten der weiteren
fortschrittlichen Sozialpolitik,
Wirtschaft und des Genos-
senschaftes und der
sollen diese



**»Im Bewußtsein der Vergangenheit
eine bessere, friedlichere Zukunft aufzubauen,
das vereint uns«**

**50 JAHRE PARTNERSCHAFTSABKOMMEN
ZWISCHEN DGB UND HISTADRUT**

INHALT

Vorwort 5

Erinnerung und Solidarität 11

Zum 50. Jahrestag des Partnerschaftsabkommens
zwischen dem DGB und der Histadrut

Die Befreiung 1945 14

Die Neuordnung der Welt 16

Der Aufbau Israels 20

Der Aufbau der Bundesrepublik 23

Die frühen Beziehungen
zwischen DGB und Histadrut 27

Solidarität mit Israel 32

Der Sechstagekrieg 46

Die erneute Bedrohung der Existenz Israels

Die Formalisierung der Beziehungen 58

Veränderungen und Konsolidierung 66

Bruch und Neubeginn 72

Solidarität und Differenzen 81

Literaturhinweise 89

Abbildungsnachweis 92

ה ט כ ס

בין

ההסתדרות הכללית של העובדים בארץ-ישראל

ובין

ברית האגודים הסקצועיים הגרמניים

היודות המתמידה ושמוץ הפעולה ההדוק בין ההסתדרות הכללית של העובדים בארץ-ישראל לבין ברית האגודים הסקצועיים הגרמניים וקרבתם במסגרת הברית הבין לאומית של האגודים הסקצועיים החפשיים הוכיחו עצמם רבות ותרמו תרומה סכרפת בהתגברות על הסכניו ביחסי עמיהם בעקבות העבר האכזרי. הסולידריות של תנועת העבודה והתביעה המשותפת לפתרון של שלום לסכסוך במזרח התיכון הדקו הקשרים הקרובים של שני האגודים הדוק נוסף.

רבים הם חברי האגודים הסקצועיים של גרמניה הפודרלית שיכלו להוכיח בבקוריהם בישראל בשנים עברו סה גדולים ההיטגים של עובדי ישראל במאמצייהם לפיתוח ולבנין - ורבים הם חברי ההסתדרות אשר נוכחו לדעת בבקוריהם ברפובליקה הפודרלית כי אכז נבבית גרמניה חדשה ודמוקרטיית.

פיתוח נוסף של החלפת סידע ונסיון בין שתי ההסתדרויות בבעיות סדיניות וכלכליות העוסדות על סדר היום בשתי הארצות וביצול האפשרויות המשותפות לשיתוף פעולה הדוק הן בעיצוב היחסים הבילטרליים והן בחחוסם של ארגונים בין-לאומיים יקדמו היחסים הטובים הקיימים ביניהם קידום נוסף.

ספגשים בילטרליים יתרמו במיוחד להעסקת ההבנה ההדוית ולחלופי נסיון בשדה הפיתוח של דמוקרטיה כלכלית וסדיניות חברתית סתקדסת וכן בחחוס פיתוחו הנוסף של הספק השיתופי והקואופרטיבי.

VORWORT

Das Partnerschaftsabkommen zwischen dem israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut und dem Deutschen Gewerkschaftsbund besteht nun mehr seit 50 Jahren. Seit seiner Unterzeichnung ist es für uns bis heute von einzigartiger Bedeutung.

Seit unsere Vorgänger, Yerucham Meshel und Heinz Oskar Vetter, dieses Abkommen am 3. September 1975 in Düsseldorf unterzeichnet haben, haben sich die Beziehungen zwischen unseren Organisationen erheblich verbreitert und vertieft. Die Zahl der gegenseitigen Besuche seit 1975 konnten wir nicht zählen. Neben den institutionellen Kontakten haben sich auch viele persönliche Freundschaften entwickelt, die weit über die Begegnungen zwischen unseren Organisationen hinausgehen. Viele der Beteiligten werden heute sicherlich von einer echten Freundschaft zwischen uns sprechen.

Partnerschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich weiterentwickelt. Dazu braucht sie einen tiefen Kern und gemeinsame Werte.

**DIESE WERTE SIND ENGAGEMENT FÜR GERECHTIGKEIT,
SOLIDARITÄT UND GERECHTE ARBEITS- UND LEBENS-
BEDINGUNGEN FÜR ALLE MENSCHEN IN EINEM LAND.**

Für uns bedeutet dies auch, dass wir heute zusammenstehen gegen die Feinde im Inneren: Die Histadrut gegen politische Kräfte, die gewerkschaftspolitische und Errungenschaften der Demokratie abschaffen wollen, und der DGB gegen die forsch-dreisten Auftritte

- 5 **Abb. links und Folgeseiten** Vereinbarung zwischen dem israelischen Gewerkschaftsbund Histadrut und dem Deutschen Gewerkschaftsbund

von Rechtsextremisten und Antisemiten in der Öffentlichkeit und den Parlamenten. Wir werden an unserem Engagement für Demokratie, Mitbestimmung und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in beiden Ländern festhalten.

Einerseits sind unsere gemeinsamen Versuche, die Sprachlosigkeit zwischen den Menschen durch Begegnung und Austausch zu überwinden, erfolgreich gewesen. Andererseits gestehen wir auch ein, dass es, wie in jeder Partnerschaft, Momente des Zweifels und der Skepsis gibt. Dass wir heute über diese Momente offen miteinander sprechen können, empfinden wir als großen Gewinn.

NATÜRLICH HAT DIE BEZIEHUNG ZWISCHEN DGB UND HISTADRUT NICHT ERST 1975 BEGONNEN.

Schon viele Jahre zuvor, kurz nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft, streckten deutsche und israelische Gewerkschafter*innen ihre Fühler nach der anderen Seite aus. Und so konnte 1957 die erste DGB-Delegation aus der jungen Bundesrepublik in den fast ebenso jungen israelischen Staat reisen. Damals waren das wahrhaft historische Reisen – denn viele in Deutschland wollten einen Schlussstrich unter die Taten der Nazis ziehen, und die große Mehrheit in Israel wollte nichts mehr mit den Deutschen zu tun haben. Heute wissen wir: als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wir dazu beigetragen, diese Distanz zu überwinden. Und diesen Weg gehen wir Jahr für Jahr weiter. Persönliche Begegnungen in den Betrieben gehören immer noch genauso dazu wie gemeinsame Seminare in Gedenkstätten wie Yad Vashem, Dachau und Auschwitz.

**ALS DIE DEUTSCHE POLITIK NOCH ZÖGERLICH MIT
DEM JUNGEN JÜDISCHEN STAAT UMGING, INITIIERTE
DER DGB EINE KAMPAGNE ZUR AUFNAHME DIPLO-
MATISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BEIDEN LÄNDERN.**

Unterschriftenlisten, Plakataktionen und viele Treffen mit einflussreichen politischen Kräften später war es dann so weit: Die ersten Botschafter in Tel Aviv und Bonn nahmen ihre Arbeit auf.

Und genauso, wie die Diplomater*innen sich in der neuen Umgebung zurechtfinden mussten, war auch der Austausch zwischen den gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen auf beiden Seiten nicht leicht, und manchmal saßen die Vorbehalte gegenüber der anderen Seite zu tief. Manche Gewerkschafter*innen in Israel hatten Angehörige im Holocaust verloren, und auf deutscher Seite hatten einige Gewerkschaftsmitglieder Nazi-Vorfahren in ihren Familien.

**HEUTE IST DIE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN UNSEREN
BEIDEN ORGANISATIONEN STÄRKER ALS BEI JEDER
ANDEREN INTERNATIONALEN PARTNERIN.**

Gegenseitige Besuche, Seminare, Workshops und Gespräche finden weiterhin regelmäßig statt, und es werden immer noch neue Partnerschaften zwischen den regionalen Gliederungen von Histadrut und DGB geknüpft.

So schlimm der Einbruch der persönlichen Treffen aufgrund der Covid-Pandemie seit 2020 auch war, so gab es doch zumindest virtuelle Treffen, weil beiden Seiten der stetige Kontakt enorm wichtig ist. Der schreckliche Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat gezeigt, dass wahre Freundschaft auch den schlimmsten Schreckensszenarien standhalten kann. Noch nie seit dem Ende der Nazizeit wurden so viele Juden an einem Tag getötet

wie an diesem Schwarzen Schabbat. Die antisemitischen Äußerungen und Handlungen im Anschluss an diesen brutalen Anschlag halten bis heute an – und sie nehmen zu.

**DER JAHRESTAG UNSERER OFFIZIELLEN BEZIEHUNG
ERFÜLLT UNS MIT STOLZ UND IST FÜR UNS ANLASS,
MEHRERE GELEGENHEITEN ZU SCHAFFEN, UM ÜBER
DAS ERREICHTE NACHZUDENKEN UND DAS KOMMENDE
IN DEN BLICK ZU NEHMEN.**

Wir betrachten diese enge Partnerschaft als eine Verpflichtung für die Zukunft. Wenn die gegenseitigen Besuche anlässlich des Jubiläums vorbei sind, wollen wir die tägliche Arbeit fortsetzen, um neue Generationen von Gewerkschafter*innen für Begegnungen und Austausch zu gewinnen. Den ersten großen Schritt in diese Richtung werden wir im Herbst 2025 machen, wenn wir uns zum ersten internationalen Fritz-Naphtali-Forum in Tel Aviv treffen, um neue Formen der Zusammenarbeit zu diskutieren.



Yasmin Fahimi
Vorsitzende Deutscher
Gewerkschaftsbund



Arnon Bar-David
Vorsitzender Histadrut

קביעת סדרים קבועים להחלפת מידע וסיוע הדדי בפעולות ההשכלה
ההסתדרותיות יסייעו בהשגת מטרות אלו.

כדי להרחיב ככל האפשר את מערכת היחסים בין שתי ההסתדרויות
רואים ההסתדרות וה-ד.ג.ב. חשיבות - בנוסף לספגשים סדירים -
ביצירת שותפויות בין גופים אזוריים של ההסתדרות ושותפות
ה-ד.ג.ב. ובהעמקת היחסים בין האגודים המקצועיים השונים
להגברת המגעים הקיימים. יושב ראש ה-ד.ג.ב. והסזכיר הכללי
של ההסתדרות מטילים על מחלקותיהם הבין-לאומיות לסכם פרטי
הביצוע לשתוף פעולה זה.

ההסתדרות וה-ד.ג.ב. תקווה כי יחסייהם הבינלאומיים החדוקים
ושתתף הפעולה ביניהם במסגרת ה-ICFTU יתרמו לקידום
השלום בעולם ולהבטחת זכויות וחירויות האדם באשר הוא.



היינץ א. פטר
יושב ראש

ברית האגודים
המקצועיים הגרמניים



ירושם סל
סזכיר כללי

ההסתדרות הכללית של
העובדים בארץ-ישראל

דיסלדורף, 3.9.1975

3.9. 1975

Vereinbarung

zwischen dem israelischen Gewerkschaftsbund
HISTADRUTH

und dem

DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND

Die traditionell enge Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem israelischen Gewerkschaftsbund HISTADRUTH und dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie ihre Partnerschaft im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften haben sich vielfach bewährt und einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Belastungen geleistet, die eine grausame Vergangenheit zwischen den beiden Völkern aufgebaut hatte. Solidarität der Arbeiterbewegung und gemeinsames Eintreten für eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten hat die engen Bande zwischen den Organisationen weiter gestärkt.

Viele Gewerkschafter aus der Bundesrepublik konnten sich durch Besuche in Israel im Verlauf der vergangenen Jahre von den großen Erfolgen der Entwicklungs- und Aufbaumühungen der israelischen Arbeitnehmer überzeugen, wie die vielzähligen Besucher der Histadruth in der Bundesrepublik Zeugen wurden des Aufbaus eines neuen demokratischen Deutschlands.

Ein weiterer Ausbau des Informationsflusses und Erfahrungsaustausches zwischen beiden Organisationen über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in den beiden Ländern, der gemeinsamen Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit sowohl bei der Gestaltung der bilateralen Beziehungen wie auch im Rahmen der internationalen Organisationen soll die bestehenden guten Beziehungen weiter fördern.

Bilaterale Begegnungen sollen insbesondere dazu beitragen, das Verständnis füreinander zu fördern und Erfahrungen auszutauschen auf den Gebieten der weiteren Gestaltung der Wirtschaftsdemokratie und einer fortschrittlichen Sozialpolitik, wie auch im Bereich der weiteren Entwicklung der Gemeinwirtschaft und des Genossenschaftswesens. Maßnahmen des regelmäßigen Informationsaustausches und der gegenseitigen Unterstützung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sollen diese Bestrebungen unterstützen.

ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT – ZUM 50. JAHRESTAG DES PARTNERSCHAFTS- ABKOMMENS ZWISCHEN DEM DGB UND DER HISTADRUT

Am 3. September 1975 unterzeichneten der Deutsche Gewerkschaftsbund und der israelische Dachverband Histadrut (HaHistadrut haKlalit schel ha'Ovdim b'Eretz Israel; der Allgemeine Verband der Arbeiter im Lande Israel) ein Partnerschaftsabkommen, das die bereits bestehenden Beziehungen zwischen beiden Organisationen formalisierte und dadurch auf eine neue Stufe hob. Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung 2025 ist ein passender Anlass, um an die Geschichte und Gegenwart der Beziehungen zwischen dem DGB und der Histadrut zu erinnern.

Deshalb liefert diese Broschüre einen Überblick über ihre Entwicklung seit der Gründung Israels 1948 bis heute. Es wird darin das besonders enge Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsbewegungen beider Länder deutlich, das auch durch Differenzen etwa hinsichtlich des Wegs zu einem nachhaltigen Frieden im Nahen Osten nicht grundlegend erschüttert werden konnte. Die Verbundenheit des DGB zur Histadrut resultierte auch aus der großen Sympathie vieler Gewerkschaftsfunktionär*innen zu Israel. Es stand für den DGB außer Frage, dass es nach dem Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, nach dem Holocaust, eines eigenen jüdischen Staates bedürfe.

Neben dieser aus der nationalsozialistischen Vergangenheit stammenden Verpflichtung des DGB sollten weitere Aspekte nicht außer

Acht gelassen werden, um die enge Verbindung der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung zum jüdischen Staat zu verstehen. Israel wurde nach seiner Gründung jahrzehntlang von der sozialdemokratischen Partei Mapai regiert und der Gewerkschaftsverband Histadrut hatte zentrale sozialpolitische Funktionen für die gesamte Gesellschaft übernommen. Dementsprechend spielten Gewerkschafter*innen in allen Bereichen Israels eine wichtige Rolle.

DIE HISTADRUT WAR GERADEZU EIN »STAAT IM STAATE«.

So war auch David Ben Gurion, der am 14. Mai 1948 die israelische Unabhängigkeit ausrief und der erste Ministerpräsident des neuen Staates wurde, nicht nur ein Politiker der sozialdemokratischen Regierungspartei, sondern auch der ehemalige Vorsitzende der Histadrut. Darüber hinaus wies die israelische Wirtschaft mit den Kibbuzim und Moshavim einen hohen Anteil an genossenschaftlich organisierten Strukturen und kollektiven Eigentumsformen auf.

Die vorliegende Broschüre möchte das enge Verhältnis zwischen dem DGB und der Histadrut genauer historisch erläutern und dadurch dazu beitragen, die gegenwärtigen Positionierungen besser zu verstehen. Sie will eine bedeutsame Facette der Geschichte des DGB anlässlich des 50. Jahrestages des Partnerschaftsabkommens und zudem die wichtige Rolle, die die Gewerkschaften bei der Annäherung der Bundesrepublik Deutschland an Israel spielten, ins öffentliche Gedächtnis rufen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur gewerkschaftlichen Erinnerungspolitik.

Um eine möglichst breite Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen zu erreichen, sehen es die Verbände der Histadruth und des DGB als wünschenswert an, neben zentralen Begegnungen auch Partnerschaften zu entwickeln zwischen den regionalen Gliederungen der Histadruth und den Landesbezirken des DGB, sowie auch die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Einzelgewerkschaften, und so die bestehenden Kontakte weiter auszubauen. Beide Vorstände beauftragen ihre Internationalen Abteilungen, Einzelheiten über die weitere Gestaltung der Zusammenarbeit miteinander abzusprechen.

Histadruth und DGB hoffen, daß ihre engen bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit im Rahmen des IBFG mit dazu beitragen werden, den Frieden in der Welt zu fördern und das Lebensrecht aller Menschen mit friedlichen Mitteln zu sichern.



Yerucham MESHEL
Generalsekretär der
HISTADRUTH



Heinz D. VETTER
Vorsitzender des
DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

DIE BEFREIUNG 1945

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das NS-Regime bedingungslos. Es hatte seit 1933 eine Terrorherrschaft für die politischen Gegner*innen errichtet. Die Parteien der Arbeiter*innenbewegung waren zerschlagen, ihre Anhänger*innen verfolgt und in Konzentrationslagern inhaftiert worden. Viele Gewerkschafter*innen waren ins Exil gegangen. Jüdinnen und Juden wurden entrechtet, enteignet, schließlich systematisch verfolgt und ermordet. Am 1. September 1939 überfiel Deutschland das Nachbarland Polen und stürzte Europa damit in den Zweiten Weltkrieg. Nach über fünf Jahren Krieg lag der Kontinent in Trümmern.

Nur der Zusammenschluss vieler Länder in der Anti-Hitler-Koalition konnte das NS-Regime letztlich stoppen, das die Zerstörung auch nach Deutschland gebracht hatte. Die dortigen Städte waren nach dem Krieg zum großen Teil zerstört, Millionen Menschen aus den ehemaligen Gebieten im Osten vertrieben, das Land von alliierten Truppen besetzt und in Besatzungszonen geteilt. Deutschland bekam die Konsequenzen des von ihm begonnenen Krieges und entfachten Terrors zu spüren. Die Zerschlagung der NS-Diktatur war die Voraussetzung dafür, um eine andere, demokratische Gesellschaft errichten zu können. So kamen viele Antifaschist*innen und Gewerkschafter*innen aus dem Exil zurück, um sich für den politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau einzusetzen.

**DAS NS-REGIME HATTE ZWAR DEN WELTKRIEG
MILITÄRISCH VERLOREN, EINEN ANDEREN »KRIEG
IM KRIEG« JEDOCH FAST UNBARMHERZIG BIS
ZUM ENDE GEFÜHRT: DEN KRIEG GEGEN DIE JÜDINNEN
UND JUDEN EUROPAS.**

Bis zum letztmöglichen Zeitpunkt lief die deutsche Vernichtungsmaschinerie weiter. Die Vernichtung entsprang keiner instrumentellen Rationalität, keiner realen Bedrohung der nationalsozialistischen Herrschaft. Im Gegenteil, die Opfer wurden ermordet, einfach weil sie nach der NS-Ideologie Jüdinnen und Juden waren, aus keinem anderen Grund. Dieser Massenmord markierte einen Zivilisationsbruch. Er erschütterte das auf Vernunftannahmen basierende Handeln als Grundlage moderner Gesellschaften nachhaltig.

Angesichts dieser präzedenzlosen Zerstörung war eine Rückkehr zur Situation vor 1933 ausgeschlossen. Deutschland sollte nicht wie nach dem Ersten Weltkrieg sich selbst überlassen, sondern es sollte ein neuer demokratischer Staat aufgebaut werden. Die Auswirkungen des Weltkriegs und der Vernichtung der Jüdinnen und Juden strahlten aber auch weltweit aus, vor allem in den Nahen Osten.

DIE NEUORDNUNG DER WELT

Am 14. Mai 1948 proklamierte David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels. Der jüdische Staat sollte auf einem Teil des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina entstehen. Gut ein halbes Jahr zuvor, am 29. November 1947, hatte die UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit für eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat gestimmt. Die meisten europäischen und amerikanischen Länder befürworteten den Plan, der jedoch vor allem von arabischen Staaten abgelehnt wurde.

Mit dieser Abstimmung schien der lang gehegte Traum der zionistischen Bewegung in Erfüllung zu gehen, angesichts einer jahrtausendlangen Verfolgung von Jüdinnen und Juden wieder eine »Heimstätte« für das jüdische Volk zu errichten.

Die weltweite Zustimmung zur Gründung eines jüdischen Staates ist nicht losgelöst vom Holocaust zu verstehen. Die nichtjüdische Welt war nicht in der Lage gewesen, die Jüdinnen und Juden vor der Vernichtung zu bewahren. Selbst ihre Assimilation in den jeweiligen Staaten hatte sie nicht vor Verfolgung und Ermordung durch das NS-Regime gerettet. Ein eigener Staat schien deshalb eine historische Notwendigkeit zu sein.

Doch die arabische Seite war nicht bereit, einen jüdischen Staat zu akzeptieren. Deswegen überfielen die Armeen aus fünf Ländern Israel unmittelbar, nachdem es die Unabhängigkeit ausgerufen hatte. Sie wollten den jungen Staat vom Erdboden tilgen und seine Bewohner*innen ins Meer treiben, wie es in der Propaganda hieß.

**DER JÜDISCHE STAAT KONNTE DER MILITÄRISCHEN
ÜBERMACHT STANDHALTEN UND SICH IM AUFGEZWUNGENEN
UNABHÄNGIGKEITSKRIEG BEHAUPTEN.**

Im Zuge dieser Auseinandersetzung verließen an die 700.000 palästinensische Araber*innen ihre Heimat. Sie wurden teils von der israelischen Armee vertrieben, teils von der arabischen Seite zur (temporären) Flucht aufgefordert. Zugleich flohen ca. 850.000 Jüdinnen und Juden vor Verfolgung und Pogromen aus ihrer Heimat in Nordafrika und aus arabischen Ländern. Viele davon ließen sich in Israel nieder. Im Laufe des Jahres 1949 ging der jüdische Staat schließlich erfolgreich aus dem Unabhängigkeitskrieg hervor.

Der Sieg Israels und der daraufhin einsetzende Aufbau des neuen Staates beruhigte die Situation nicht dauerhaft. Die arabischen Länder waren trotz der Niederlage nicht gewillt, die Existenz eines jüdischen Staates zu akzeptieren oder die vertriebenen und geflohenen Palästinenser*innen in ihre Länder zu integrieren. Damit legten sie die Grundlage für einen bis heute andauernden und immer wieder eskalierenden Konflikt.

**DOCH 1949 WURDE NICHT NUR IM NAHEN OSTEN
EIN NEUER STAAT GEGRÜNDET UND DER GEOPOLITISCHE
ORDNUNGSRAHMEN VERÄNDERT. AUCH IN DEUTSCHLAND
ENTSTANDEN NEUE STAATLICHE STRUKTUREN.**

Der Interessenskonflikt zwischen den ehemaligen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, namentlich zwischen den Westmächten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, hatte sich nach dem gemeinsam errungenen Sieg immer weiter zugespitzt. Eine Verständigung über ein vereintes Nachkriegsdeutschland war immer unwahrscheinlicher geworden. Deshalb etablierten sich schließlich zwei deutsche Separatstaaten. Am 23. Mai 1949 wurde die westlich

orientierte Bundesrepublik Deutschland gegründet, ein halbes Jahr später, am 7. Oktober, die am realsozialistischen Ostblock ausgerichtete Deutsche Demokratische Republik.

Bereits davor hatten sich einige aus dem Exil nach 1945 zurückgekehrte Gewerkschafter*innen an den Wiederaufbau neuer Organisationen für Beschäftigte gemacht. Als Konsequenz aus der gespalteten und am Ende der Weimarer Republik organisationspolitisch geschwächten Arbeiter*innenbewegung, die den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht verhindern konnte, sollten die Gewerkschaften überparteilich und nach dem Industrieverbandsprinzip aufgebaut sein.

**ALS DACHVERBAND GRÜNDETE SICH SCHLIESSLICH
IM OKTOBER 1949 DER DEUTSCHE GEWERKSCHAFTSBUND
(DGB) MIT HANS BÖCKLER ALS ERSTEM VORSITZENDEN.**

Dem ersten geschäftsführenden Bundesvorstand gehörte ebenfalls Ludwig Rosenberg an, der aus einer assimilierten jüdischen Familie in Berlin stammte und die Zeit des Nationalsozialismus in Großbritannien im Exil verbracht hatte.

Auch der deutsche Jude Siegfried Aufhäuser, der in der Weimarer Republik sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und der hauptamtliche Leiter des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) gewesen war, kehrte bald nach der Befreiung zurück. In der Bundesrepublik betätigte er sich dann in der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG). Es ließen sich noch weitere Beispiele aufzählen.

**DOCH ZAHLREICHE DEUTSCHE JÜDINNEN UND JUDEN,
DIE IN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG AKTIV GEWESEN
UND IM NATIONALSOZIALISMUS ZU FLIEHEN
GEZWUNGEN WAREN, KEHRTEN NICHT NACH DEUTSCHLAND,
NICHT IN DAS LAND DER TÄTER*INNEN, ZURÜCK.**

Einige waren nach Palästina gegangen und spielten dort beim Aufbau Israels eine wichtige Rolle. Der bekannteste ist der ehemalige Wirtschaftsexperte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Fritz (Peretz) Naphtali, der in den 1920er Jahren das Konzept der Wirtschaftsdemokratie (mit-)entwickelt hatte. Er musste nach der Machtübertragung auf Adolf Hitler sein Heimatland verlassen und floh nach Palästina. Dort unterrichtete Naphtali zunächst Wirtschaftswissenschaften an verschiedenen Universitäten, bevor er die gewerkschaftseigene Bank Hapoalim leitete. Nach der Gründung Israels 1948 bekleidete er verschiedene Ministerämter und andere hohe Posten. Viele Gewerkschafter*innen in der Bundesrepublik kannten ihn noch persönlich.

DER AUFBAU ISRAELS

Ohnehin nahm die Histadrut eine zentrale Funktion beim Aufbau des neuen Staates im Nahen Osten ein. Die 1920 in Haifa gegründete Organisation war als allgemeiner Arbeiterverband konzipiert, dessen Mitglieder die Gremien demokratisch wählten. Abhängig Beschäftigte, aber auch Hausfrauen, konnten direkt der Histadrut beitreten. Dadurch wurden sie automatisch Mitglieder in der entsprechenden Einzelgewerkschaft.

Gegründet worden war die Histadrut hauptsächlich von osteuropäischen Jüdinnen und Juden, die aus der (links-)zionistischen Arbeiter*innenbewegung stammten. Ein Jahr nach der Gründung wurde David Ben Gurion zum Vorsitzenden gewählt. Weitere führende Politiker*innen Israels kamen ebenfalls aus den Gewerkschaftsstrukturen, darunter Golda Meir, die 1969 als erste Frau Ministerpräsidentin wurde.

Die Histadrut nahm einerseits die klassischen Aufgaben einer Gewerkschaft wahr, kämpfte für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Doch sie war andererseits weit mehr. Bald nach ihrer Gründung, also noch im britischen Mandatsgebiet, nahm sie wichtige sozialpolitische Funktionen wahr. Die von ihr ins Leben gerufene Krankenkasse Chupat Holim entwickelte sich bald zur größten im ganzen Land. 1921 gründete die Histadrut die gewerkschaftseigene Bank Hapoalim, die später Fritz (Peretz) Naphtali leitete. Ebenso baute die Histadrut genossenschaftliche Unternehmen und Siedlungen auf, die durch die 1923 gegründete

Dachgesellschaft Hevrat ha'Ovdim repräsentiert wurden. Die gewerkschaftseigenen Unternehmen machten jahrzehntlang einen sehr großen Anteil der israelischen Wirtschaft aus, besonders im landwirtschaftlichen Sektor. Deshalb war Israel lange Zeit keine rein kapitalistische Marktwirtschaft, sondern eine wirtschaftliche Mischform mit hohem genossenschaftlichem Anteil. In den ländlichen Siedlungen, den Kibbuzim, war außerdem das private durch das kollektive Eigentum ersetzt. Ferner herrschten basisdemokratische Strukturen vor. Die Histadrut kämpfte darum, derartige Grundsätze und weitgehende Mitbestimmungsrechte für abhängig Beschäftigte in allen Bereichen der Wirtschaft durchzusetzen.

Araber*innen stand die Vollmitgliedschaft in der Histadrut allerdings nicht offen. Um auch arabische Lohnabhängige zu organisieren, rief sie 1932 die »Palestine Labor League« als Schwestergewerkschaft ins Leben. Ihre Mitglieder waren nicht Teil der Histadrut, erhielten aber Zugang zu den gewerkschaftlichen Dienstleistungen, darunter der Krankenkasse. Diese Funktionen und die gesellschaftspolitische Stellung der Histadrut wurden nach der Staatsgründung noch bedeutsamer. Die Organisation war außerdem personell und strukturell eng verbunden mit Mapai, der sozialdemokratischen Arbeitspartei. So stellte sie mit David Ben Gurion auch den ersten Ministerpräsidenten.

**DIE SOLIDARITÄT DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTS-
BEWEGUNG MIT DEM JÜDISCHEN STAAT RESULTIERTE
FOLGLICH NICHT NUR AUS DER HISTORISCHEN
VERPFLICHTUNG WEGEN DER NATIONALSOZIALISTISCHEN
VERBRECHEN AN DEN JÜDINNEN UND JUDEN, SONDERN
AUCH AUS GEMEINSAMEN WERTEN UND GETEILTEN
POLITISCHEN ÜBERZEUGUNGEN.**

In kaum einem anderen Land waren die Gewerkschaften in gesellschafts- und sozialpolitischen Belangen so einflussreich, die genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Strukturen so ausgeprägt wie in Israel. Das Land war während der Gründungsphase und weit darüber hinaus deutlich von (links-)zionistischen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung dominiert, die den Aufbau einer neuen, demokratischen Gesellschaft in einer feindlichen Umgebung und gegen viele Widerstände vorantrieben. Diese Leistung stieß beim DGB auf großen Respekt und Sympathie, zumal der Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik unter gänzlich anderen Vorzeichen ablief.

DER AUFBAU DER BUNDESREPUBLIK

Der Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik verlief unter schwierigen Umständen und war nur unter Aufsicht und Kontrolle der westlichen Alliierten möglich. Diese hatten sich nach dem Sieg mit der Sowjetunion im Potsdamer Abkommen unter anderem darauf verständigt, dass das Nachkriegsdeutschland entnazifiziert und demokratisiert werden müsse. Der sich bald abzeichnende Kalte Krieg verhinderte jedoch letztlich eine gemeinsame, grundlegende Umgestaltung der deutschen Gesellschaft.

Erschwerend kam hinzu, dass die zwölf Jahre währende NS-Herrschaft, ihre Propaganda und ihr Terror tiefe Spuren in der Bevölkerung hinterlassen hatten. Die Deutschen hatten mehrheitlich nicht in Opposition zum Regime gestanden, viele waren zu Täter*innen geworden. Nicht wenige waren bis 1945 entweder überzeugte Nationalsozialist*innen oder bestenfalls passive »Mitläufer*innen« gewesen. Diese Einstellungen lösten sich nach der bedingungslosen Kapitulation nicht einfach auf – und dies galt auch im Großen und Ganzen für die Klientel der Gewerkschaften. Auch deshalb besaß die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit, trotz des antifaschistischen Selbstanspruchs des Gewerkschaftsdachverbands und der Verfolgungserfahrung vieler Hauptamtlicher, keineswegs oberste Priorität. Zunächst galt es, auch für die zahlreichen Funktionär*innen, die zur Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand oder im Exil gewesen waren, neue Gewerkschaften und eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Damit

unterschied sich der DGB nicht von anderen Verbänden in der Nachkriegszeit.

**DIE POLITIK DER FRÜHEN BUNDESREPUBLIK
ZIELTE IN ERSTER LINIE DARAUF AB,
DIE NS-TÄTER*INNEN UND NSDAP-MITGLIEDER
IN DIE DEMOKRATIE ZU INTEGRIEREN.**

Viele von ihnen hatten den Untergang des Nationalsozialismus als gravierenden Verlust erlebt, standen dem demokratischen Staat folglich ablehnend gegenüber. Diese Haltung von Millionen Deutschen stellte ein großes Gefahrenpotenzial für den jungen Staat dar. Ehemalige Anhänger der NS-Regimes begannen sich bald erneut zu formieren, wovor der DGB stets warnte.

Dennoch schuf der erste demokratisch gewählte Bundestag die juristische Grundlage, um NS-Täter*innen in die Gesellschaft zu integrieren und verabschiedete mehrere Amnestiegesetze. So regelte das 1951 beschlossene »131er-Gesetz« die erneute Einstellung von Beamten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst entlassen worden waren, sowie von ehemaligen Wehrmachtssoldaten. Derartige Regelungen ermöglichten es schwer belasteten Personen, in hohe Stellungen in der Justiz, der Verwaltung und auch der Politik zu gelangen. Beispielsweise rückte Hans Globke, der Mitverfasser und Kommentator der »Nürnberger Rassegesetze« von 1935, gar zum Leiter des Bundeskanzleramts unter Konrad Adenauer auf, dem ersten Bundeskanzler. Der ehemals überzeugte Nationalsozialist und Pionier der NS-Ostforschung, Theodor Oberländer, wurde 1953 zum Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen ernannt.

**WÄHREND EHEMALIGE NATIONALSOZIALIST*INNEN
ALSO ZIEMLICH REIBUNGSLOS IN DIE GESELLSCHAFT
(RE-)INTEGRIERT WURDEN, TAT SICH DIE BUNDES-
REPUBLIK UM SO SCHWERER MIT DER ENTSCHÄDIGUNG
VON NS-OPFERN.**

Mit den Stimmen der oppositionellen SPD, aber gegen Teile seiner eigenen Regierungskoalition, setzte der christdemokratische Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 das Luxemburger Abkommen mit Israel und der Jewish Claims Conference durch. Es sah Zahlungen, Dienstleistungen und Exportgüter in Höhe von 3,5 Milliarden Deutsche Mark an den jüdischen Staat vor. Sie sollten vor allem dazu dienen, jüdische Flüchtlinge aus Europa bei der Eingliederung in die neue Gesellschaft zu unterstützen.

Der DGB unterstützte das Abkommen nachdrücklich als Schritt zur Annäherung an Israel und zur notwendigen Aussöhnung. Mehrere Artikel in der verbandseigenen Zeitung »Welt der Arbeit« befürworteten die Entschädigungszahlungen und lobten die Haltung der Bundesregierung. Daraufhin erhielt der Bundesvorstand Briefe, in denen diese Zahlungen vehement kritisiert wurden. Ein Verfasser prangerte das »Kuriosum« an, dass ein Staat Wiedergutmachungsleistungen für vergangene Verbrechen erhalte, als er noch gar nicht existiert hatte. Nach dem Krieg hingegen seien die Juden von den Alliierten und Hilfsorganisationen gut versorgt worden, während »die Deutschen hungerten. [...] Aber das reichte ihnen nicht.« Die Juden hätten illegale Hehlerei betrieben und seien für Diebstähle verantwortlich gewesen. »Niemand machte mit der Not eines Volkes skrupelloser Geschäfte als sie.«

**DERARTIGE POSITIONEN EINZELNER MITGLIEDER
HIELTEN DEN DGB ABER NICHT DAVON AB, SICH WEITER-
HIN IN ENTSCHÄDIGUNGSFRAGEN ZU ENGAGIEREN.**

So setzte er sich ebenso dafür ein, dass die Entschädigungsansprüche der Histadrut gegenüber der Bundesrepublik Deutschland anerkannt würden. In einem Brief von Willi Richter, dem damaligen DGB-Vorsitzenden, und Ludwig Rosenberg, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand, an den Bundesfinanzminister im Juni 1962 heißt es: »Der Grund unseres Schreibens [...] ist, daß wir aus politischen und moralischen Gründen und aufgrund unserer freundschaftlichen und engen Verbindungen mit der Histadrut ein großes [sic!] Interesse daran haben, daß diese Angelegenheit möglichst ohne weitere Schwierigkeiten und großzügig erledigt wird [...].«

Denn erste Beziehungen des DGB zur Histadrut hatten sich trotz aller Hürden schon im Lauf der 1950er Jahre herausgebildet.

DIE FRÜHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DGB UND HISTADRUT

Jenseits der persönlichen Bekanntschaften entstanden die ersten formalen Beziehungen zwischen dem DGB und der Histadrut nicht auf bilateraler, sondern auf internationaler Ebene. Beide Organisationen waren 1949 Gründungsmitglieder des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG), des Zusammenschlusses der nicht-kommunistischen Gewerkschaften.

Ein direkter Kontakt zwischen deutschen und israelischen Organisationen wäre seinerzeit kaum möglich gewesen, da die Widerstände gegen jegliche Beziehungen mit Deutschland wenige Jahre nach dem Holocaust in einem großen Teil der Bevölkerung Israels immens waren. Diese Haltung zeigte sich auch in der dort vehement ausgetragenen Debatte um das Luxemburger Abkommen, das für viele Israelis einer Zahlung von »Blutgeld« gleichkam und abgelehnt wurde. Umso erstaunlicher ist, dass sich der DGB und die Histadrut dennoch in den folgenden Jahren annäherten.

Vor allem Ludwig Rosenberg setzte sich als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands dafür ein, dass die Beziehungen zwischen beiden Organisationen ausgebaut und gefestigt werden. Er unternahm frühzeitig eine Reise nach Israel, pflegte den Kontakt zu israelischen Journalist*innen, stärkte die Beziehungen zur Histadrut und bereitete den Weg dafür, dass im April 1957 die erste offizielle DGB-Delegation von israelischen Gewerkschaften zu einem Besuch eingeladen wurde. Dies markierte den Auftakt für regelmäßige gegenseitige Besuche in den kommenden Jahren. Auch als

Anerkennung für diese Einladung erklärte der DGB nach der Reise, einen Kindergarten in Israel ausstatten zu wollen. Dafür sah der Dachverband 15.000 DM vor. Die organisatorischen Details regelte er in Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde in Berlin.

**OHNEHIN LEGTE DER DGB GROSSEN WERT AUF
EIN GUTES VERHÄLTNIS ZU DEN JÜDISCHEN VERBÄNDEN
IN DER BUNDESREPUBLIK UND POSITIONIERTE SICH
IMMER KLAR GEGEN JUDENHASS.**

Schon 1952 beteiligte er sich an der ersten »Woche der Brüderlichkeit«, die den jüdisch-christlichen Dialog und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit förderte. Regelmäßig gratulierte der DGB-Vorsitzende den Jüdinnen und Juden in Deutschland zum jüdischen Neujahr. Ferner verkündete der DGB-Pressedienst am 6. Oktober 1959, dass der Almanach »Die Juden in Deutschland« neu aufgelegt worden und sowohl direkt beim Verlag als auch über die Buchhandlungen des gewerkschaftseigenen Bund-Verlags zu beziehen sei.

In diesem Jahr trug sich zugleich einer der einschneidendsten antisemitischen Vorfälle der 1950er Jahre zu. Am Heiligabend 1959 wurde die gerade erst wieder eröffnete Synagoge in Köln geschändet. Zwei Mitglieder der rechtsextremen »Deutschen Reichspartei« hatten sie mit Hakenkreuzen und dem Spruch »Deutsche fordern: Juden raus« beschmiert. Die Tat rief im Ausland und bei den Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik großes Entsetzen hervor.



NACHRICHTENDIENST

Bundespressestelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Düsseldorf, Stromstraße 8 · Hans-Böckler-Haus · Telefon 1 82 39 und 87 21 · Fernschreiber 089 3666 · Begebe 2202

Düsseldorf, den 2. Dezember 1957

Israelischer Gewerkschaftsbund dankt DGB

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte dem Israelischen Gewerkschaftsbund Histadruth zum 1. Mai 1957 als Ausdruck seiner solidarischen Verbundenheit die Ausstattung eines Kindergartens für eine Arbeitersiedlung in Israel geschenkt. In einem Brief an den Vorsitzenden des DGB Willi Richter hat jetzt der Israelische Gewerkschaftsbund seinen Dank ausgesprochen. Er sieht in dem Geschenk eine Rechtfertigung der "Hoffnung, dass die Beziehungen, die zwischen uns im Entstehen begriffen sind, in der Zukunft dazu beitragen werden, die Übel der Vergangenheit auszulöschen und die Zusammenarbeit im Dienste des Friedens und Fortschritts in der Welt zu fördern."

(ND 337/57 vom 2. Dezember 1957)

5-00-1

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Herrn
Willi R i c h t e r
Deutscher Gewerkschaftsbund

D ü s s e l d o r f
Stromstrasse 8

SEKRETARIAT

Düsseldorf 10, den 28. Dez. 1959
Fischerstraße 49
Telefon 44 86 97 / 44 31 08

Drvd/IKk

30. Dez. 1959
3168

Sehr geehrter Herr Richter!

Hierdurch danke ich Ihnen herzlich für Ihr Telegramm.
Auch wir sehen in derartigen Erscheinungen den Ausdruck
einer Reaktion, die von uns solidarisch mit Entschiedenheit
bekämpft werden muss.

Die Gefahr richtet sich weniger gegen die kleine Gruppe
der überlebenden Juden in Deutschland, als vielmehr gegen
Demokratie und Fortschritt in diesem Land.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr sehr ergebener



Dr. H. G. van Dam
Generalsekretär

DIE SCHÄNDUNG MACHTE KLAR, WIE LEBENDIG DER ANTISEMITISMUS IN DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT NOCH WAR.

Nicht zuletzt, um der Kritik im Ausland zu begegnen, meldete sich Bundeskanzler Konrad Adenauer am 16. Januar 1960 mit einer Fernsehansprache zu Wort: »Unseren Gegnern im Ausland und den Zweiflern im Ausland sage ich, die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus hat sich in der denkbar geschlossensten und stärksten Weise gezeigt. Das deutsche Volk hat gezeigt, dass diese Gedanken und Tendenzen bei ihm keinen Boden haben.« Adenauer verurteilte zwar den Anschlag in Köln, bezeichnete aber die auf die Schändung der Synagoge folgende Welle antisemitischer Schmierereien in relativierender Weise als »Flegeleien ohne politische Grundlage.« Damit spielte er den politischen Gehalt der Taten herunter.

DER DGB HINGEGEN FAND IN ZWEI PRESSEMELDUNGEN DEUTLICHERE WORTE.

Einerseits hatte sich der Vorsitzende direkt an den Zentralrat der Juden gewandt, seine Solidarität ausgesprochen und versichert, jeder »Rassenhetze« mit aller Schärfe entgegenzutreten. Zugleich forderte er den Bundeskanzler auf, gegen rechtsextreme Organisationen vorzugehen. Die Schändung der Synagoge beweise, dass es »gut organisierte Gruppen gibt, deren unbelehrbare Haltung die Voraussetzung für ein Wiederaufleben der verbrecherischen faschistischen Gesinnung ist.« Diesen Tendenzen werde der DGB kompromisslos entgegenzutreten.

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL

In den kommenden Jahren unterstützte der DGB die Histadrut und den Aufbau des jüdischen Staates auf unterschiedliche Weise. Beispielsweise finanzierte er mit einer einmaligen Summe die Berufsausbildung von jüdischen Jugendlichen, die Alija machen, d. h., nach Israel auswandern wollten. Außerdem übernahm der DGB ab 1966 zwei Stipendien für Gewerkschafter*innen und Genossenschaftler*innen aus sogenannten Entwicklungsländern, um am afro-asiatischen Institut in Tel Aviv eine Ausbildung zu erhalten. Das Institut hatte die Histadrut 1958 gegründet, um den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gedanken im globalen Süden voranzubringen und die Kooperation mit den dortigen Weltgegenden zu stärken.

1961 besuchten erstmals 14 junge Gewerkschafter*innen und zwei hauptamtliche Funktionär*innen aus dem DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen den jüdischen Staat. Zu jener Zeit stellte ein Besuch von Deutschen in Israel noch immer ein Politikum dar. Trotz aller Annäherungen zwischen dem DGB und der Histadrut in den Jahren zuvor stießen Kontakte zu deutschen Organisationen in der israelischen Gewerkschaftsbewegung keineswegs auf ungeteilte Zustimmung, zumal die Bundesrepublik nicht einmal offizielle Beziehungen zum jüdischen Staat unterhielt.

Als einschneidend in dieser Hinsicht und für die weitere Politik des DGB gegenüber Israel erwies sich der Bundeskongress 1962 in Hannover. Dort forderten die Delegierten den Bundesvorstand

einstimmig in einem Antrag dazu auf, sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel einzusetzen. Außerdem wählten sie Ludwig Rosenberg zum neuen Vorsitzenden, der sich bereits für eine enge Zusammenarbeit mit Israel engagiert hatte. Diese Wahl erregte auch im Ausland Aufsehen, weil von nun an, 17 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, ein deutscher Jude an der Spitze der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung stand. Dementsprechend titelte die New York Times am 27. Oktober 1962 mit einer Mischung aus Anerkennung und Verwunderung »West Germans Elect Jew to Head Trade Unions«.

DER NEUE VORSITZENDE NAHM DEN BESCHLUSS DES GEWERKSCHAFTSTAGES SEHR ERNST UND VERSTÄRKT SEIN ENGAGEMENT FÜR DIE VERSTÄN- DIGUNG MIT DER HISTADRUT UND ISRAEL WEITER.

Die Forderung, sich als westdeutscher Gewerkschaftsdachverband für die Aufnahme offizieller staatlicher Beziehungen zu Israel einzusetzen, war in der damaligen politischen Großwetterlage alles andere als einfach umzusetzen. Zum Zeitpunkt des Luxemburger Abkommens Anfang der 1950er Jahre war Israel aus nachvollziehbaren Gründen noch nicht bereit für diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik gewesen. Wahrscheinlich wäre man auch in der deutschen Gesellschaft und Politik auf große Widerstände gestoßen. So wurde seinerzeit lediglich die Israelmission in Köln als Handelsvertretung eröffnet, die aber faktisch auch als politische Kontaktstelle fungierte.

Mit der Verschärfung des Kalten Krieges zwischen dem Westen und dem Ostblock und vor dem Hintergrund der deutschen Teilung folgte die Außenpolitik der Bundesrepublik bald der sogenannten »Hallstein-Doktrin«. Sie verfolgte das Ziel, die DDR außenpolitisch zu isolieren. Der Doktrin zufolge sollte die Bundesregierung

keine Handlungen unternehmen, die andere Staaten zur Anerkennung der DDR bewegen könnten. Die Bundesrepublik befürchtete nicht zu Unrecht, dass sich die arabischen Staaten im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel von ihr ab- und dem ostdeutschen Staat zuwenden würden. Diese außenpolitische Maxime bestimmte bis Ende der 1960er Jahre maßgeblich die Entscheidungen der Bundesregierung.

ZUDEM WURDE DIE ANNÄHERUNG DER BUNDESREPUBLIK AN ISRAEL ERSCHWERT, ALS ANFANG DER 1960ER JAHRE BEKANNT WURDE, DASS DEUTSCHE WISSENSCHAFTLER*INNEN BEIM AUFBAU DER ÄGYPTISCHEN WAFFENINDUSTRIE UND DER ENTWICKLUNG VON RAKETENTECHNOLOGIE EINE FÜHRENDE ROLLE EINNAHMEN.

Ägypten und sein Staatspräsident Gamal Abd el-Nasser waren erklärte Feinde eines jüdischen Staates und drohten dem Land regelmäßig mit Vernichtung. Nicht wenige der in Ägypten tätigen deutschen Expert*innen hatten schon im Nationalsozialismus in der Rüstungsindustrie gearbeitet. Als diese Hintergründe bekannt wurden, war der Aufschrei in der israelischen Gesellschaft groß. Es wurden Verbindungen zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gezogen. Auch in der Bundesrepublik kritisierten beispielsweise sozialdemokratische Politiker*innen die Bundesregierung dafür, dass sie derartige Tätigkeiten nicht unterbinde und ahnde. In eine ähnliche Kerbe schlug der DGB. Der Bundesvorstand wandte sich im Mai 1964 in einem Brief an Bundeskanzler Ludwig Erhard. Darin warnte er vor einer zunehmend bedrohlicher werdenden Situation für Israel, die durch die ägyptische Rhetorik mit sowjetischer Unterstützung noch verschärft werde. Angesichts der Verbrechen an Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus könne die Unterstützung von deutschen Wissenschaftler*innen an der Aufrüstung Ägyptens

tens nicht hingenommen werden: »So sehr der Deutsche Gewerkschaftsbund auch die Bemühungen der Bundesrepublik anerkennt, die deutsche Schuld am jüdischen Volk finanziell zu entschädigen, so hält er es darüber hinaus für dringend erforderlich, dass alles unternommen wird, um eine weitere, den Frieden bedrohende Tätigkeit deutscher Raketenspezialisten in Ägypten unmöglich zu machen.«

**NUR WENIGE MONATE SPÄTER MACHTE DIE IN
DAMASKUS IN SYRIEN ANSÄSSIGE ARABISCHE LIGA
MOBIL GEGEN DEN GEWERKSCHAFTER, SOZIAL-
DEMOKRATEN UND VORSITZENDEN DER BANK FÜR
GEMEINWIRTSCHAFT, WALTER HESSELBACH.**

Das Zentralbüro für Israel-Boycott forderte von der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG, dass Hesselbach sein Aufsichtsratsmandat dort niederlege. Er sei für pro-israelische Aktivitäten bekannt und habe an einer zionistischen Konferenz in Paris teilgenommen, auf der Spenden für Israel gesammelt worden seien. Ferner sei Hesselbach Mitglied in weiteren pro-israelischen Organisationen. Mit ihm könne und dürfe man nicht zusammenarbeiten; das verböten die Bestimmungen der Arabischen Liga. Deshalb müsse Hesselbach seine Tätigkeit für das Unternehmen beenden. Ansonsten sehe man sich zum Boykott gezwungen. Dem Unternehmen wurde eine dreimonatige Frist gesetzt, um zu handeln und die Maßgaben umzusetzen.

Die Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG antwortete in einem kurzen Brief, dass Walter Hesselbach aufgrund des deutschen Mitbestimmungssystems als Vertreter der Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat sitze. Daran könne sie nichts ändern und die Arabische Liga müsse sich deswegen an die zuständige Gewerkschaft wenden.

Dafür zahlen wir nun Entwicklungshilfe

Fortsetzung von Seite 1

zionistischen Propaganda betrachten, die unser Vorgehen als Druckmittel gegen Sie oder als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ihrer Firma abstempen möchte. An etwa Derartiges denkt die Boykott-Organisation überhaupt nicht. Unser einziges Ziel ist es zu vermeiden, daß die geschäftlichen Beziehungen mit Ihrer Firma unterbrochen werden, ohne daß diese vorher eine Gelegenheit hat, die Gründe für ihr Verhalten darzulegen und die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, wenn sie dies für richtig hält; denn die ganze Angelegenheit bleibt Ihrem Urteil überlassen.

Wenn Sie glauben, daß geschäftliche Beziehungen mit den arabi-

schen Ländern in Ihrem Interesse liegen, was wir natürlich sehr begrüßen würden, so hoffen wir, daß Sie uns eine von Herrn . . . ausgestellte notarielle Erklärung zuschicken, die von dem nächsten Konsulat oder der nächsten diplomatischen Vertretung irgendeines arabischen Landes beglaubigt ist und aus der hervorgeht, daß er sich einer pro-israelischen oder pro-zionistischen Aktivität enthalten wird, oder uns eine offizielle, in der obigen Weise beglaubigte Erklärung zuschicken, aus der sein Rücktritt vom Management Ihrer Firma und die Annahme seines Rücktritts durch den Aufsichtsrat ersichtlich ist.

Sollten Sie jedoch entgegen unserer obigen Ausführungen innerhalb

von drei Monaten nach dem beutigen Datum keine Schritte unternehmen, die beweisen, daß Sie die Fortsetzung der geschäftlichen Beziehungen mit den arabischen Ländern wünschen und daß Sie Verständnis für deren Gesichtspunkte haben, so wird sich die Boykott-Organisation zu ihrem großen Bedauern Maßnahmen sehen, entsprechende Maßnahmen gegen Ihre Gesellschaft zu empfehlen."

Hochachtungsvoll zeichnet
Mohammed Mahmud Mahgoub,
Generalkommissar des Zentralbüros für
den Israel-Boycott.

Und dafür zahlen wir Entwicklungshilfe! Wie lange eigentlich noch?

Der DGB griff diesen Brief in einem Artikel in der »Welt der Arbeit« mit folgender Unterüberschrift auf: »Ein Freund Israels soll Aufsichtsratsmandat niederlegen«. In einem kurzen Abschnitt werden die Hintergründe geschildert und dann der Brief fast vollständig im Wortlaut abgedruckt, lediglich die Namen der Person und der Firma blieben ausgespart. Das Schreiben kommentierte der Artikel ebenso lakonisch wie deutlich: »Und dafür zahlen wir Entwicklungshilfe! Wie lange eigentlich noch?« Der DGB stellte sich also voll und ganz hinter Hesselbach und ließ sich von den Drohungen der Arabischen Liga nicht einschüchtern.

Für den Herbst 1964 plante Ludwig Rosenberg schließlich eine weitere Reise nach Israel. Im Vorfeld schrieb ihm Hesselbach einen Brief über die engen Geschäftsbeziehungen der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) nach Israel und nannte mögliche interessante Gesprächspartner. Die BfG unterhielt besonders enge Beziehungen zur Bank Hapoalim und besaß auch ein Aktienpaket von über einer Million DM. Ebenso war sie an anderen israelischen Unternehmen beteiligt, hatte verschiedenen Firmen größere Kredite gewährt, darunter der Fluggesellschaft El Al, und Entwicklungshilfeanleihen, sogenannte Israel-Bonds, gezeichnet. Ferner habe, so Hesselbach an

Und dafür zahlen wir nun Entwicklungshilfe

Ein Freund Israels soll Aufsichtsratsmandat niederlegen

WdA K 6 1 n. Eine deutsche Firma erhielt einen Brief aus Damaskus (Syrien). Absender: Arabische Liga, Generalsekretariat, Zentralfür den Israel-Boykott. Der Inhalt ist hahnebüchen.

Sehr geehrte Herren, schreiben die Araber, die Boykott-Organisation hat Beweise dafür, daß Herr . . . Mitglied des Aufsichtsrats Ihrer Gesellschaft, eine große pro-israelische Aktivität entwickelt und Mitglied der „Deutschen Freundschaftsgesellschaft für die Entwicklung Israels“ ist. Wörtlich heißt es dann:

„In Hinblick auf die gegenwärtige Situation zwischen den arabischen Staaten und Israel und als Maßnahme der Selbstverteidigung, die die Rechte und lebenswichtigen Interessen der Araber Palästinas schützen soll, die von zionistischen Banden von Haus und Hof vertrieben wurden, und es ungeachtet mehrfacher von den Vereinten Nationen zum Schutze ihrer Rechte gefaßten Beschlüsse geblieben sind, werden gewisse, gegen Israel gerichtete Boykott-Bestimmungen von den arabischen Ländern strikt eingehalten. Kurz gesagt, verbieten es diese Bestimmungen Arabern, mit natürlichen oder juristischen Personen israelischer Nationalität irgendwelche Beziehungen zu unterhalten. Sie verbieten aber auch Beziehungen zu ausländischen natürlichen und juristischen Personen, die durch irgendwelcher in den Boykott-Bestimmungen definierten Handlungen die Wirtschaft oder die Rüstung Israels fördern.“

Sie sind sich sicherlich bewußt, daß geschäftliche Abschlüsse einen Vertrag darstellen und daß der Vertrag für die Vertragsparteien das „Gesetz“ darstellt. Jede Vertragspartei hat das Recht, die Aufnahme ihr interessanter Bedingungen im Vertrag zu erstreben, während es der anderen vorbehalten bleibt, die betreffenden Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen.

Eine der Bedingungen der Araber für die Unterhaltung geschäftlicher Beziehungen zu anderen Ländern ist

nun die, daß die Unterstützung israelischer oder zionistischer Interessen unterlassen wird. Geschäftliche Handlungen werden aber meist von natürlichen Personen vorgenommen, die als leitende Angestellte ihre Firmen (juristische Personen) repräsentieren; zu diesen Personen gehören zweifellos der Vorsitz und die Mitglieder des Aufsichtsrats. Im vorliegenden Falle wird die Handlungsweise der fraglichen Person als Verstoß gegen die Boykott-Bestimmungen angesehen und macht Geschäftsbeziehungen der arabischen Staaten mit den von ihr vertretenen Firmen aus obigen Gründen unmöglich. Ehe sich also die Boykott-Organisation zu ihrem eigenen Bedauern dazu entschließen muß, irgendwelche Maßnahmen gegen Ihre Firma zu unternehmen, möchte sie, um den guten Willen der arabischen Länder zu bekunden, an Sie unmittelbar herantreten, um Ihnen die Sachlage zu schildern und Sie zu bitten, die Dinge den in den arabischen Ländern geltenden Gesetzen anzupassen, damit diese in die Lage versetzt werden, die geschäftlichen Beziehungen mit Ihrer Firma aufrechtzuerhalten.

Dies kann unserer Auffassung nach auf einem der folgenden Wege geschehen:

1. Sie bringen Herrn . . . die obigen Ausführungen zur Kenntnis und fordern ihn auf, im Interesse seiner Gesellschaften, in denen er die Posten eines Vorsitzers oder Direktors bekleidet, seine pro-israelische Aktivität und seine Mitgliedschaft bei der „Deutschen Freundschaftsgesellschaft für die Entwicklung Israels“ aufzugeben;
2. Er gibt seinen Posten bei den betreffenden Gesellschaften auf, damit diese nicht ihre großen arabischen Märkte verlieren, was sicher auch in seinem Interesse liegt.

Ich hoffe, daß Sie für die Gründe unseres Ersuchens Verständnis aufbringen, das in erster Linie darauf gerichtet ist, die geschäftlichen Beziehungen zu Ihrer Gesellschaft aufrechtzuerhalten, und daß sie es niemals im Lichte der irreführenden

Fortsetzung Seite 5

not for Collet No. 45/64

Rosenberg, auch die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat enge Beziehungen nach Israel und plane dort unter anderem zusammen mit der zur Histadrut gehörenden Shikun Ovdim neue Wohnungen zu errichten.

**NACH SEINER REISE VERFASSTE ROSENBERG
IN DER »WELT DER ARBEIT« DEN VIELBEACHTETEN
ARTIKEL »ISRAEL UND WIR«.**

Er beschreibt zunächst die außergewöhnliche Vielfalt des Landes, seine lange Geschichte, seine Bedeutung für die Religionsentwicklung und zugleich den vorhandenen Blick in die Zukunft, das »Werden eines alt-neuen Volkes, den Aufbau eines jungen Staates auf alt-angestammtem Boden.« Angesichts der Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden stelle sich die Frage, ob es aus israelischer Perspektive überhaupt etwas Verbindendes zur Bundesrepublik geben könne. Es sei erstaunlich, dass trotz aller verständlichen Verbitterung, trotz der allgegenwärtigen Präsenz der Vergangenheit im Heute der Blick der meisten Israelis nach vorne gerichtet sei: »Sie haben nichts vergessen – aber ihr Blick ist in die Zukunft gerichtet. [...] [S]ie wollen eine neue, eine bessere Welt. Aus dem Vergangenen lernen – für die Zukunft arbeiten, das könnte das Motto sein, das ihre Einstellung zu Deutschland [...] kennzeichnet.« In Deutschland gebe es viel zu viele Menschen, die nicht bereit seien, die ausgestreckte Hand Israels zu ergreifen, die meinten, es sei genug Entschädigung gezahlt worden und dabei verkennen, dass körperliche und seelische Qualen nicht einfach finanziell wieder gutgemacht werden können, so Rosenberg. »Man kann nicht Berge von Leichen durch Berge von Gold aufwiegen. [...] Wer kann Auschwitz, Treblinka und die anderen Höllen des Nazismus durch die Überreichung eines Schecks »wiedergutmachen«?

**ANSCHLIESSEND KLAGT ROSENBERG NOCHMALS
DIE DEUTSCHEN WISSENSCHAFTLER*INNEN IN ÄGYPTEN
AN, DIE AKTIV AN DER VERNICHTUNG DES STAATES ISRAEL
UND AM MORD AN SEINEN BEWOHNER*INNEN ARBEITEN.
DIE UNTÄTIGKEIT DER BUNDESREGIERUNG DIESBEZÜGLICH
SEI SKANDALÖS.**

Während sie dagegen nichts unternehme und keine juristischen Konsequenzen ziehe, drohten zugleich die NS-Verbrechen, die Massenmorde, bald zu verjähren. Rosenberg appellierte an die Parlamentarier im Bundestag, diese Verjährung mittels Gesetzgebung zu verhindern. Schließlich plädierte er dafür, dass die Bundesrepublik Israel diplomatisch anerkenne. Sie solle sich davon nicht durch Drohungen von arabischer Seite oder sonstigen (außen-)politischen Erwägungen abhalten lassen. Das Gewissen gebiete es, diesen Schritt zu gehen: »[W]em es ernst damit ist, dass sein Gewissen seine Politik bestimmt, wird sich in allen diesen Fragen klar entscheiden.« Rosenberg als DGB-Vorsitzender positionierte sich mit dem Artikel also deutlich in Bezug auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit, die gegenwärtige Bedrohungslage im Nahen Osten und die Erfordernisse einer zukünftigen Politik der Bundesrepublik gegenüber dem jüdischen Staat.

**GENAU DAFÜR WURDE ER BALD IN DER RECHTSEXTREMEN
»DEUTSCHEN NATIONAL- UND SOLDATEN-ZEITUNG«
ANTISEMITISCH ANGEFEINDET.**

Am 20. November 1964 prangte auf der Titelseite folgende Überschrift: »Ewig zahlen für Auschwitz? Der DGB-Chef und Israel. Verrät Rosenberg deutsche Interessen?« Der Artikel adressierte Rosenberg in diffamierender Weise als »deutscher Jude«, der Deutschland an ausländische Interessen ausliefern. In typisch antisemitischer

Argumentation wurde die Loyalität Rosenbergs gegenüber der Bundesrepublik angezweifelt und ihm vorgehalten, israelische Interessen zu verfolgen und aus finanziellen Motiven dem heutigen Deutschland die NS-Vergangenheit vorzuhalten. Er sei dabei von antideutschem Hass getrieben. Außerdem erhöhe seine Forderung nach diplomatischer Anerkennung Israels die Kriegsgefahr für Deutschland. Der Artikel bündelte sowohl Motive des klassischen Antisemitismus als auch des sogenannten Schuldabwehrantisemitismus, der sich nach 1945 in den postnationalsozialistischen Ländern herausgebildet hatte.

KURZ ZUVOR HATTE DER DGB-BUNDESVORSTAND BEREITS GEMÄSS DEM BESCHLUSS DES GEWERKSCHAFTSTAGS SEINE ANSTRENGUNGEN FORCIERT, AUF DIE AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN DER BUNDESREPUBLIK MIT ISRAEL HINZUWIRKEN.

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit beteiligte sich der DGB an einer bundesweiten Unterschriftenaktion, um dieses Ansinnen voranzubringen. Die Aktion startete mit einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung in Köln am 24. Oktober 1964, bei der neben einem DGB-Bundesvorstandsmitglied auch Abgeordnete der seinerzeit im Bundestag vertretenen Parteien sowie ein Pfarrer als Redner auftraten. Damit sollte der parteiübergreifende und breite gesellschaftliche Konsens dafür unterstrichen werden.

**DER DGB VERKÜNDETE AUF EINEM FLUGBLATT
MIT DER ÜBERSCHRIFT »AUFNAHME DER
DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN MIT ISRAEL!«:**

»Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich seit Jahren für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eingesetzt und erneut auf seinem letzten Bundeskongreß in Hannover erklärt, daß es für die Bundesrepublik eine zwingende Verpflichtung sein sollte, dem jungen Staat Israel durch die Entsendung von diplomatischen Vertretern volle Anerkennung zu verleihen.« Darüber hinaus veröffentlichte der Bundesvorstand diesen Aufruf in der gewerkschaftseigenen Presse. Auch mit einer Anzeige in der den Gewerkschaften politisch nicht gerade wohlgesonnenen Bild-Zeitung sollte eine möglichst große Leserschaft erreicht werden. Ferner unterrichtete der DGB-Bundesvorstand in einem Schreiben Mitte November 1964 alle Bezirke sowie die Vorstände der Mitgliedsgewerkschaften über das Vorhaben und forderte dazu auf, es mit aller Kraft zu unterstützen. Ebenso wurden Unterschriftenlisten breit verschickt. Ein vorläufiges Fazit Ende des Jahres fiel jedoch äußerst ernüchternd aus. Nur knapp ein Drittel der DGB-Kreise hatte Unterschriftenlisten eingereicht und nur gut ein Prozent der Mitglieder hatte überhaupt unterzeichnet. Der geleistete Aufwand stand in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die äußerst geringe Anzahl von Unterschriften stellte einen Affront für den Bundesvorstand dar.

Die Gründe für das Scheitern der Unterschriftenaktion waren vielfältig. So beteiligten sich die Arbeitgeberverbände nicht daran und einige Betriebe verboten es, Unterschriftenlisten aufzuhängen, da es sich um eine politische Aktion handle. Der entscheidende Punkt war aber, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel bei einfachen Gewerkschaftsmitgliedern nicht so populär war wie bei den Funktionär*innen. Viele Mitglieder standen dem Ansinnen bestenfalls gleichgültig gegenüber. Sicherlich unterschätzte der DGB-Bundesvorstand auch, wie weit antisemitische

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel!



Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich seit Jahren für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eingesetzt und erneut auf seinem letzten Bundeskongreß in Hannover erklärt, daß es für die Bundesrepublik eine zwingende Verpflichtung sein sollte, dem jungen Staat Israel durch die Entsendung von diplomatischen Vertretern volle Anerkennung zu verleihen.

Dieser Schritt wird jetzt um so dringlicher, als Anfang 1966 der Israel-Vertrag ausläuft und die Israel-Mission in Köln geschlossen wird.

Wir betrachten die endgültige Klärung der Beziehungen zu Israel als Gewissenssache; wir bitten die Bundesregierung, alles zu tun, um den jetzigen unwürdigen Zustand zu beenden!

Mit diesem Flugblatt rufen wir alle Bundesbürger auf, sich an der Unterschriftensammlung des DGB für eine Petition an die Bundesregierung zu beteiligen.

Die Unterschriftenlisten liegen aus:

- in den Kreisgeschäftsstellen des DGB;
- in den örtlichen Geschäftsstellen der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften;
- bei allen Betriebs- und Personalräten.

Wer seine Unterschrift gleich leisten will, kann dazu auch die Rückseite dieses Flugblattes – auch gemeinsam mit anderen Bürgern – benutzen.

Das Blatt kann dann bei einer der drei genannten Stellen abgegeben oder an den

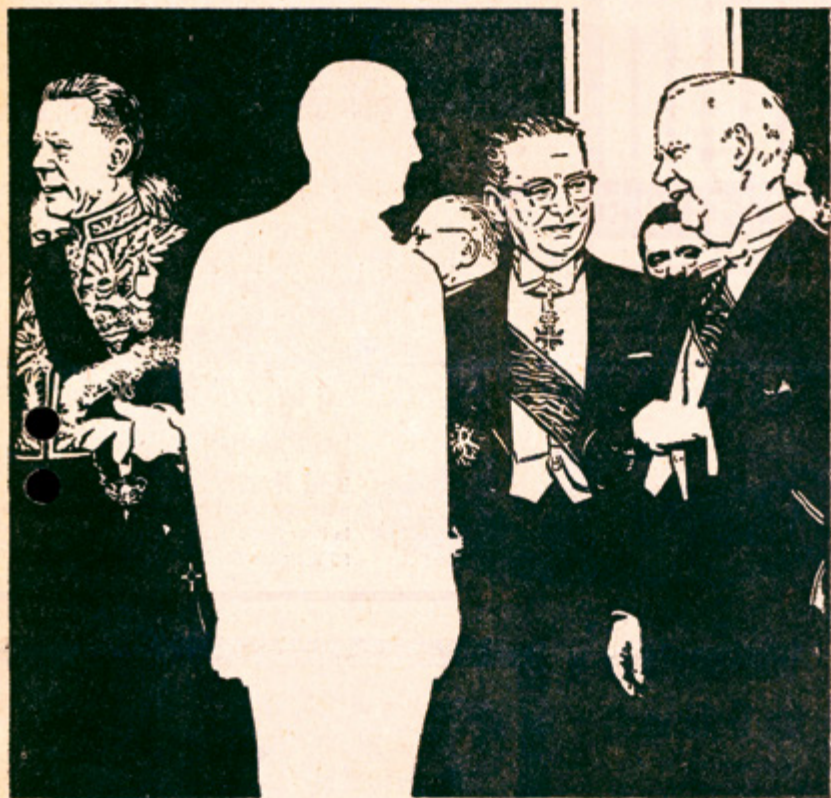
- Deutschen Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
4 Düsseldorf, Stromstraße 8
geschickt werden.

Wir fordern diplomatische Beziehungen zu Israel!

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesvorstand

Anzeige



•
•
**Der
Botschafter
Israels
fehlt!**

Ressentiments unter Arbeiter*innen und Angestellten noch verbreitet waren und sie davon abhielten, ihre Unterschrift für den jüdischen Staat zu geben. Viele antisemitische Vorstellungen haben sich nach der Gründung Israels auf den jüdischen Staat verlagert, und damit hat sich eine neue Form des Antisemitismus etabliert – der israelbezogene Antisemitismus. Er fand und findet sich in allen politischen Lagern, in allen Gesellschaftsschichten und auch unter Gewerkschaftsmitgliedern.

Letztlich ließ der DGB die Unterschriftenaktion auslaufen, auch weil sich abzeichnete, dass auf höchster politischer Ebene mittlerweile bereits Gespräche über eine Annäherung beider Staaten geführt wurden. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund einer Annäherung der DDR an Ägypten und der Frage, welche Bedeutung die »Hallstein-Doktrin« überhaupt noch haben sollte.

**AM 12. MAI 1965 NAHMEN DIE BUNDESREPUBLIK
UND ISRAEL OFFIZIELL DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN
AUF. EINEN TAG SPÄTER BEGRÜSSTE DER DGB DIESEN
SCHRITT IN EINER PRESSEMITTEILUNG UND BETONTE DEN
ANTEIL SEINER LANGJÄHRIGEN BEMÜHUNGEN DARAN.**

DER SECHSTAGEKRIEG. DIE ERNEUTE BEDROHUNG DER EXISTENZ ISRAELS

Zwar bestanden seit 1965 diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, allerdings spitzte sich die Bedrohungslage des Landes dennoch in dieser Zeit weiter zu. Vor allem der panarabische ägyptische Präsident Nasser hatte die Existenz eines jüdischen Staates nie akzeptiert und sein Land nach mehreren militärischen Niederlagen mit Hilfe deutscher Wissenschaftler*innen und sowjetischer Unterstützung wieder massiv aufgerüstet.

Nachdem Ägypten die wichtige Wasserstraße von Tiran für die israelische Schifffahrt im Mai 1967 gesperrt sowie zehntausende Truppen und Panzer an der Grenze zusammengezogen hatte, griff die israelische Luftwaffe in einem Präventivschlag am 5. Juni 1967 das Nachbarland an. Im folgenden Krieg mit Ägypten, Jordanien und Syrien, die von weiteren arabischen Ländern und der Sowjetunion unterstützt wurden, eroberte Israel große Gebiete und erlangte auch die Kontrolle über Ostjerusalem. Damit war dem jüdischen Staat in wenigen Tagen ein unerwarteter Erfolg gegen eine große Übermacht gelungen.

Durch den regelmäßigen Austausch mit israelischen Kolleg*innen war dem DGB-Bundesvorstand bewusst, wie brenzlich sich die Situation im Nahen Osten im Frühsommer 1967 für Israel darstellte. Deshalb warnte er am 26. Mai in einer Pressemitteilung vor einer Eskalation und appellierte an die Vereinten Nationen, ihre Pflicht zu erfüllen und den Frieden zu erhalten. Außerdem betonte er das

Recht eines jeden Volkes auf eine unabhängige staatliche Existenz. Nach Ausbruch der Kämpfe rief der DGB am 5. Juni seine Mitglieder und insbesondere die Gewerkschaftsjugend dazu auf, sich zusammen mit den demokratischen Parteien und kirchlichen Organisationen an Kundgebungen »zur Wiederherstellung des Friedens und zur Rettung der Existenz Israels zu beteiligen.« Zwei Tage später fand beispielsweise eine gemeinsame Veranstaltung in Düsseldorf statt.

Der Bundesvorstand wurde während des Krieges sowohl von der Histadrut als auch von der israelischen Botschaft in Deutschland zeitnah über den Kriegsverlauf telefonisch und per Telegramm informiert.

**IN DIESER FÜR DEN JÜDISCHEN STAAT BEDROHLICHEN
SITUATION BESCHLOSS DER DGB, ERNEUT FINANZIELLE
UNTERSTÜTZUNG FÜR ISRAEL ZU LEISTEN.**

Am 6. Juni entschied der Bundesvorstand einstimmig weitere Entwicklungshilfleanleihen, sogenannte Israel Bonds, für drei Millionen DM zu kaufen. Daran beteiligten sich ebenfalls alle Einzelgewerkschaften mit unterschiedlich hohen Summen. Diskutiert wurde im Bundesvorstand noch darüber, ob dieser Kauf öffentlich gemacht werden soll. Auch hierüber herrschte allgemeine Zustimmung. So betonte etwa der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Heinz Kluncker, dass der DGB »sein Vertrauen zum Staat Israel bekunden soll«, wie es im Protokoll heißt. Die Kollegen Alois Wöhrle von der IG Metall und Karl Hauenschild von der IG Chemie-Papier-Keramik unterstützten diese Position.



Übergabe Spenden für Israel, Siegfried Aufhäuser (DAG), Heinz Galinski (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin), Erich Krems (DAG)

ÖFFENTLICH BEKUNDETEN DER DACHVERBAND UND SEINE MITGLIEDSGEWERKSCHAFTEN IHRE SOLIDARITÄT MIT ISRAEL SCHLIESSLICH IN EINER ERKLÄRUNG ZUM KRIEG IN NAHOST, DIE NAMENTLICH VON ALLEN MITGLIEDERN DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN DGB-BUNDESVORSTANDS UND ALLEN VORSITZENDEN DER EINZELGEWERKSCHAFTEN UNTERZEICHNET WURDE.

Darin kritisieren sie, dass die Vereinten Nationen und die Großmächte dabei versagt hätten, den Frieden zu erhalten. Die Stellungnahme fährt fort: »Es besteht kein Zweifel, daß die erklärte Absicht der arabischen Staaten, den Staat Israel durch einen ›heiligen Krieg‹ zu vernichten und seine Bürger ›ins Meer zu treiben‹, eine Aggression darstellt. [...] Israel ist ein auf freier, demokratischer Grundlage beruhender Staat, in dem die demokratische Gewerkschafts-

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Krieg in Nahost

Der Ausbruch des Krieges im Nahen Osten hat gezeigt, daß die Vereinten Nationen ihrer Verpflichtung, den Frieden zu sichern, bisher nicht gerecht wurden. Besonders die Großmächte USA und die Sowjetunion tragen vor der Welt eine unabdingbare Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens.

Die Vereinten Nationen haben Israel als unabhängigen und selbständigen Staat anerkannt. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben darüber hinaus den Bestand des Staates Israel garantiert und haben die Verpflichtung, Israel gegen jede Aggression zu schützen.

Es besteht kein Zweifel, daß die erklärte Absicht der arabischen Staaten, den Staat Israel durch einen „heiligen Krieg“ zu vernichten und seine Bürger „ins Meer zu treiben“, eine Aggression darstellt. Die Drohung, einen „totalen Krieg“ zu führen, erinnert an Vorgänge, die in jüngster Vergangenheit furchtbares Elend über die gesamte Welt gebracht haben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekräftigt seine Überzeugung, daß jedem Volk das

Recht und die Mittel zu seiner freien und unabhängigen Existenz gesichert und die Freiheit der Meere gewährleistet sein müssen. Alle internationalen Konflikte müssen nach Auffassung der Arbeitnehmer ohne Anwendung von Erpressung, Drohung und Gewalt gelöst werden.

Israel ist ein auf freier, demokratischer Grundlage beruhender Staat, in dem die demokratische Gewerkschaftsbewegung und ihre Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle spielen. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich daher mit der israelischen Gewerkschaftsbewegung und dem israelischen Volk in seinem jetzigen Abwehrkampf besonders eng verbunden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert an die Weltöffentlichkeit, die Vereinten Nationen und alle friedenswilligen Kräfte, stärksten moralischen Druck auf die Regierungen der Großmächte auszuüben, damit sie alles unternehmen, um eine sofortige Beendigung der Feindseligkeiten sowie einen gerechten, vertraglich gesicherten Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn herbeizuführen.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND · BUNDESVORSTAND

<i>Wing. P. Koenig</i>	<i>Reuch. TMM</i>	<i>Sam. Baumann</i>	<i>L. Kaufmann</i>
<i>W. K. K.</i>	<i>H. K. K.</i>	<i>J. H. H.</i>	<i>H. K. K.</i>
<i>S. K.</i>	<i>W. K. K.</i>	<i>H. K. K.</i>	<i>H. K. K.</i>
<i>S. K.</i>	<i>H. K. K.</i>	<i>H. K. K.</i>	<i>H. K. K.</i>
<i>C. K.</i>	<i>M. K. K.</i>	<i>K. K. K.</i>	<i>M. K. K.</i>
<i>H. K. K.</i>	<i>J. K. K.</i>	<i>L. K. K.</i>	<i>K. K. K.</i>

bewegung und ihre Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle spielen. Der DGB und seine Gewerkschaften fühlen sich daher mit der israelischen Gewerkschaftsbewegung und dem israelischen Volk in seinem jetzigen Abwehrkampf eng verbunden.« Neben dieser deutlichen Erklärung des DGB-Bundesvorstands führten einzelne Landesbezirke und Kreise eigene Solidaritätsaktionen mit Israel durch, von Demonstrationen bis hin zu Spendensammlungen. Über diese Aktivitäten und vor allem die Positionierung des DGB berichtete die Presse ausführlich. Durch einen Fernsehbeitrag wurde die Haltung der Gewerkschaftsbewegung im ganzen Land bekannt. Daraufhin erhielt der Bundesvorstand einige kritische Briefe und Berichte aus Betrieben, in denen die klare Position des DGB auf Unverständnis bei den Beschäftigten gestoßen sei. Im Gegensatz dazu sprach die Histadrut ihre große Dankbarkeit für die Unterstützung aus, und der israelische Botschafter bedankte sich für die finanzielle Hilfe in dieser schwierigen Situation.

**DER SCHNELLE SIEG ISRAELS HATTE
DIE WAHRNEHMUNG IN DER GESAMTEN
WESTDEUTSCHEN ÖFFENTLICHKEIT
VERÄNDERT.**

Die wehrhaften israelischen Soldaten widerlegten das klischeehaftete Bild der Juden als Opfer, die sich wie die Lämmer zur Schlachtbank führen ließen. Dadurch stiegen die Sympathiewerte für Israel in der breiten Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Die konservative Presse zog sogar Vergleiche zwischen dem schnellen israelischen Vorrücken und der Kampagne der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg in Nordafrika. Die Boulevardblätter des Springer-Konzerns feierten den Befehlshaber der israelischen Armee Mosche Dajan als neuen »Wüstenfuchs« und verglichen ihn mit dem Generalfeldmarschall Erwin Rommel.

Während konservative Medien in der Bundesrepublik Israel feierten, reagierte die Neue Linke anders. Sie nahm Israel nun nicht mehr als Land der Holocaustüberlebenden wahr, das sich seiner Existenz erwehren musste, sondern als kolonialen Staat. Israel sei ein Brückenkopf des westlichen, amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten. Während Anhänger der traditionellen Linken, allen voran der Gewerkschaften, sich dem jüdischen Staat noch immer verpflichtet fühlten, verspürten die nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Anhänger*innen der Neuen Linken diese Verpflichtung nicht. Sie fokussierten obsessiv diese regionale Auseinandersetzung, die sie ausschließlich durch die Linse des Antimperialismus betrachteten, und solidarisierten sich insbesondere mit der palästinensischen Befreiungsbewegung Fatah. Ihren Anführer Jassir Arafat erkoren sie zur Symbolfigur des antiimperialistischen Kampfes. Damit glichen sie in ihren Positionen zu Israel und dem Nahen Osten den realsozialistischen Ländern und besonders der DDR, aber auch den westdeutschen Neonazis. Diese unheimliche Überschneidung zwischen Kommunist*innen und Neonazis anlässlich des Sechstagekrieges veranlasste den DGB zu einer ausführlicheren Untersuchung.

DIE ELFSEITIGE ANALYSE »EXTREMISTEN EINIG GEGEN ISRAEL« VOM JULI 1967 STELLTE DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER ISRAEL IN DEN DDR-ZEITUNGEN »NEUES DEUTSCHLAND« UND »BERLINER ZEITUNG« DEN NEONAZISTISCHEN BLÄTTERN »NATIONAL-ZEITUNG« UND »DEUTSCHE NACHRICHTEN« AUS DER BUNDESREPUBLIK GEGENÜBER.

Die Untersuchung konstatierte eine »bestürzende Übereinstimmung der Rechtsextremisten und der Kommunisten in der Hetze gegen Israel.« Die antiisraelische Hetze speise sich demnach aus verschiedenen ideologischen Wurzeln und politischen Beweggründen. Aller-



Düsseldorf, Juli 1967

Extremisten einig in der Agitation gegen Israel

Am 6. Juni 1967 gab der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Erklärung zum Krieg in Nahost ab.

In dieser Erklärung hieß es u.a.: "Es besteht kein Zweifel, daß die erklärte Absicht der arabischen Staaten, den Staat Israel durch einen "heiligen Krieg" zu vernichten und seine Bürger "ins Meer zu treiben", eine Aggression darstellt.

Die Drohung, einen "totalen Krieg" zu führen, erinnert an Vorgänge, die in jüngster Vergangenheit furchtbares Elend über die gesamte Welt gebracht haben".

Mit der Ausarbeitung "Extremisten einig in der Agitation gegen Israel" unterrichten wir Euch über die Anti-Israel-Agitation in West und Ost, die bei aller Übereinstimmung in der Tendenz höchst verschiedenen ideologischen Wurzeln und politischen Beweggründen entspricht.

Im Endeffekt erinnert das Zusammengehen der sonst so feindlichen Brüder im Bestreben, Israel zu vernichten, an den Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939.

Erneut haben in diesen Tagen politische Extremisten es für zweckdienlich befunden, Stimmung gegen Israel zu machen, indem sie die Araber als schuldlose Opfer einer "zionistischen Verschwörung" verklären. Schon ein paar Schlagzeilen genügen zur Charakterisierung dieser Art Anti-Israel-Agitation - Schlagzeilen, die nach allem, was in Deutschland unter Adolf Hitler und Heinrich Himmler

dings habe sich historisch bereits mehrmals eine derartige Allianz aus scheinbar gegensätzlichen Strömungen ergeben: »Im Endeffekt erinnert das Zusammengehen der sonst so feindlichen Brüder im Bestreben, Israel zu vernichten, an den Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939.«

**IM FOLGENDEN PRÄSENTIERTE DIE ANALYSE
NAHEZU GLEICHLAUTENDE ZITATE AUS DEN
VERSCHIEDENEN ZEITUNGEN, UM DIE GEMEINSAM-
KEITEN IN DER AGITATION GEGEN ISRAEL
ZU VERDEUTLICHEN.**

Bereits die Gründung Israels 1948 werde als Verbrechen gewertet und dem Staat jegliche Existenzberechtigung abgesprochen. Die zionistische Politik basiere ausschließlich auf Gewalt, so die Behauptung der kommunistischen und neonazistischen Presse. Zugleich werde die erstaunliche Aufbauarbeit in Israel schlicht ignoriert. Die provokatorische Politik der arabischen Länder und die permanenten Vernichtungsdrohungen spielten in keiner der untersuchten Zeitungen eine Rolle. Die Waffenlieferungen der Bundesrepublik würden als »Kriegstreiberei« gebrandmarkt, aber die viel umfangreicheren Exporte der Sowjetunion an die arabischen Staaten mit keinem Wort erwähnt. Trotz unterschiedlicher Beweggründe sei der Effekt der antiisraelischen Hetze der gleiche, da »hüben wie drüben der Antisemitismus angestachelt wird«, wie die Analyse des DGB abschließend festhält.

**DIE KOMPLEXE LAGE IM NAHEN OSTEN GRIFF IM
JULI 1967 AUCH DER UNDOGMATISCH KOMMUNISTISCHE
GEWERKSCHAFTER UND ANTIFASCHIST THEODOR BERGMANN
IN EINEM LEITARTIKEL IN DEN GEWERKSCHAFTLICHEN
MONATSHEFTEN AUF.**

Der Autor legt differenziert die unterschiedlichen Probleme der Region dar, bevor er zu folgender Schlussfolgerung kommt: »Daher ist die Bereitschaft des DGB zur Hilfe an Israel in einem Kampf, in dem es buchstäblich ganz allein stand, eine beispielhafte Tat. Aber noch etwas anderes könnte getan werden, um diese Aktion durch einen langfristigen Brückenschlag zwischen den Arbeitenden, den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern in allen Ländern des Nahen Ostens zu ergänzen. Vorschläge für eine gemeinsame Lösung der großen gemeinsamen Probleme wären auszuarbeiten und den Gewerkschaftszentralen beider Seiten vorzulegen. Das ist echte internationale Solidarität mit denen, die nach Frieden rufen.« In dieser Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte wurde außerdem die Erklärung des DGB zum Sechstagekrieg abgedruckt.



Zweitätiger Deutschland-Besuch einer Delegation des Vorstandes
des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut im Juni 1967;
Gruppenaufnahmen mit dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg



DGB Nachrichten- Dienst

Düsseldorf, 20. Juni 1967

Israelische Gewerkschaftsdelegation in der Bundesrepublik

Eine Delegation des israelischen Gewerkschaftsbundes hält sich auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19.6. bis 24.6.1967 in der Bundesrepublik auf.

Beim Empfang des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes für die Delegation der Histadrut sagte ihr Sprecher, Zeev Hering, u.a.: "Ich möchte die große Bedeutung der ersten Delegation der Histadrut nach Deutschland unterstreichen und hoffe aufrichtig, daß unsere Delegation ein neues Kapitel in den gegenseitigen Beziehungen mit dem DGB eröffnet. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, die ausgestreckte Hand der westdeutschen Arbeitnehmer freundschaftlich zu ergreifen und unsere Beziehungen enger zu knüpfen. Die Histadrut und der DGB haben gemeinsame wichtige Ziele und Interessen und sie müssen zusammenarbeiten, um sie zu erreichen. Wir wissen, daß gerade der DGB eine führende Kraft gegen jedes Wiederaufleben des Nazismus ist. Wir wollen gemeinsam zusammengehen, um eine bessere Zukunft zu sichern.

Ich möchte besonders dafür danken, daß sich der DGB für die Assoziation Israels an die Europäische Gemeinschaft eingesetzt hat. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit von lebenswichtiger Bedeutung für unser Land."

Hering wies darauf hin, daß die Delegation wenige Tage nach dem siegreichen Kampf um die Existenz Israels nach Deutschland gekommen ist. Das Volk von Israel sei gezwungen worden, zu den Waffen zu greifen, um sich gegen die größte Bedrohung seiner Freiheit zu wehren und um Heime, Familien und Kinder zu verteidigen. Nur die Stärke der Verteidigungskräfte und die moralische

- 2 -

Kraft habe Israel geholfen, das diesmal völlig allein gestanden habe. Da es keine Reservelinie gab, war auch kein Rückzug möglich, denn das hätte Vernichtung und Auslöschung des jüdischen Volkes in Israel bedeutet, dessen Erinnerungen an ein furchtbares Schicksal immer noch frisch seien. Nicht ein starker Mann, sondern das Volk habe den Krieg gewonnen, denn in Israel sei die Armee der Regierung und der parlamentarischen Kontrolle unterstellt. "Unsere größte Sorge ist es jetzt, den Frieden zu sichern, und zwar einen dauernden Frieden, der es möglich macht, alle Hilfsquellen des Landes für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt einzusetzen."

Abschliessend dankte Hering für die moralische Unterstützung des DGB in dem Existenzkampf Israels und sprach den Wunsch aus, daß bald eine DGB-Delegation nach Israel als Gast der Histadrut kommt.

(ND 158/67 vom 20. Juni 1967)

DIE FORMALISIERUNG DER BEZIEHUNGEN

Nachdem sich die Austauschbeziehungen, gerade auch im Jugendbereich, seit dem ersten Besuch einer DGB-Delegation in Israel 1957 nach und nach intensiviert und sie durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern 1965 einen qualitativen Sprung erlebt hatten, drehte es sich nun darum, die Gewerkschaftsbeziehungen zu formalisieren.

Kurz nach dem Sechstagekrieg kam wieder eine Delegation der Histadrut und israelischer Politiker nach Düsseldorf. Außerdem kündigte der DGB einen baldigen Gegenbesuch in Israel an. Er wurde so terminiert, dass die Delegierten am 29. Oktober 1967 an der Eröffnung des nach Peretz (Fritz) Naphtali benannten Instituts an der Hebräischen Universität teilnehmen konnten. Der deutsch-israelische Gewerkschafter und Wirtschaftswissenschaftler war 1961 verstorben und hatte sich große Verdienste um den Aufbau des jüdischen Staates erworben. Darüber hinaus hatte er als ein wichtiger Ansprechpartner für den DGB die Annäherung an die Histadrut vorangetrieben.

Ein bedeutsamer Schritt in die Richtung formalisierter Beziehungen wurde 1969 getan. Aharon Becker, der Vorsitzende des israelischen Gewerkschaftsdachverbands, kündigte sich zu einer offiziellen Reise zur deutschen Partnerorganisation an. Möglich wurde dieser Schritt, weil sich die öffentliche Meinung in Israel gegenüber der Bundesrepublik verändert hatte. Die Reaktionen angesichts des Sechstagekriegs in der Bundesrepublik und gerade auch

bei der Gewerkschaftsbewegung waren hierfür zentral. Deutlich wurde diese Positionsverschiebung bei Hillel Seidel, Holocaustüberlebender und liberaler Politiker in Israel. Er hatte lange Zeit jegliche Beziehungen mit der Bundesrepublik abgelehnt, änderte seine Haltung aber nach einem Besuch, wie er in einem ausführlichen Bericht in einer israelischen Zeitung im Juli 1967 darlegte. In der deutschen Übersetzung des Jüdischen Presse Dienstes heißt es: »Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist Ludwig Rosenberg, der Leiter der politischen Abteilung Otto Kersten. Sie empfangen uns mit großer Herzlichkeit und waren unsere ständigen Begleiter im Laufe unseres fünftägigen Aufenthalts in Deutschland.« Über Rosenberg schreibt Seidel weiter:

»ICH HATTE DAS GEFÜHL, DASS DER KAMPF UM ISRAEL FÜR IHN VIEL MEHR SEI ALS EIN THEMA, DAS DIE SYMPATHIEBEZEUGUNG EINES DEMOKRATEN ERFORDERTE ODER IHM, ALS FREUND EINER GERECHTEN SACHE, ANS HERZ GEWACHSEN WAR.«

Auch hob Seidel seine Begegnung mit Hesselbach hervor: »Ich muß hier besonders Herrn Hesselbach mit Lob bedenken, den Führer der deutschen Arbeiterbank. Seinerzeit war er ein Mitglied der Poale-Zion Bewegung – obwohl er kein Jude ist – und während der Naziherrschaft wurde er wegen seiner professionellen und sozialistischen Tätigkeit verhaftet. Er stellte sich bereits vor vielen Jahren an die Seite Israels. Es gibt wenige Menschen, die mit so großer Überzeugung und Sympathie über Israel sprechen wie Hesselbach.« Derartige Begegnungen und vor allem auch die Einstellung junger Menschen in der Bundesrepublik zu Israel hätten seine Perspektive geändert, wie Seidel resümierte. Die ausführlichen Zitate aus dem Bericht zeigen, wie wichtig die Begegnungen von Israelis mit Akteur*innen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung waren, um

die Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik in diesen Jahren zu verstehen. Die Rolle des DGB ist in dieser Hinsicht kaum zu überschätzen.

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Haltung in Israel gegenüber der Bundesrepublik ist auch der erstmalige Besuch eines Histadrut-Vorsitzenden im November 1969 zu verstehen.

DIE 14-TÄGIGE REISE AHARON BECKERS ERHIELT ANGESICHTS DER GEPLANTEN TREFFEN MIT DEN HÖCHSTEN POLITISCHEN REPRÄSENTANTEN DER BUNDESREPUBLIK NAHEZU DEN CHARAKTER EINES STAATSBESUCHS.

Becker traf unter anderem den Bundespräsidenten Gustav Heinemann und den jüngst gewählten sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt. Becker begann die Reise jedoch im Hans-Böckler-Haus in Düsseldorf mit einem Treffen mit dem neuen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter und dessen Vorgänger Ludwig Rosenberg. Der Besuch Beckers in der Bundesrepublik hob die Beziehungen zwischen dem DGB und der Histadrut auf eine neue Ebene. Weitere Schritte sollten bald folgen.

Nachdem der DGB bereits 1968 die erste Gruppe von Arbeitsdirektoren nach Israel entsandt hatte, folgte 1970 die zweite Delegation. Hierfür bat der Dachverband die IG Metall und die IG Bergbau und Energie jeweils fünf Personen zu benennen. Die Zusammenarbeit auf einer anderen Ebene wurde auch durch die Fritz-Naphthali-Stiftung gestärkt. Sie war 1967 vom DGB und der Histadrut zusammen mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet worden und kümmerte sich vor allem um Entwicklungshilfeprojekte im globalen Süden. Der Stiftungsvorstand traf sich zweimal im Jahr, abwechselnd in Deutschland und Israel. Die Vorsitzende des Kuratoriums war Anfang der 1970er Jahre Golda Meir, die spä-



Generalsekretär Itzhak Ben Aharon und DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter bei der Kranzniederlegung am jüdischen Ehrenmal im ehemaligen KZ Dachau im Rahmen des Deutschland-Besuches einer Histadrut-Delegation im Juli 1971

tere Ministerpräsidentin. Rosenberg und Hesselbach gehörten ihm ebenfalls an. Ende 1972 fand außerdem das erste deutsch-israelische Seminar für Gewerkschaftsjugendfunktionär*innen statt, das sich zu einer regelmäßigen Veranstaltung entwickelte. Außerdem verstärkten viele Einzelgewerkschaften und die DGB-Landesbezirke ihrerseits die Kontakte zu den israelischen Partnerorganisationen.

**IN DIESER PHASE DER SUBSTANZIELLEN ANNÄHERUNG
ZWISCHEN DGB UND HISTADRUT GERIET ISRAEL ERNEUT
IN EINE EXISTENZIELLE BEDROHUNG.**

Am 6. Oktober 1973, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kipur, wurde es von der ägyptischen und der syrischen Armee angegriffen. Umfangreiche Unterstützung erhielten diese von weiteren arabischen Ländern wie auch von der Sowjetunion. Trotz der äußerst schwierigen Ausgangslage eroberte die israelische Armee im Verlauf des Konflikts wieder große Gebiete. Die Kriegsparteien schlossen zwischen dem 22. und 24. Oktober auf äußeren Druck hin einen Waffenstillstand. Bereits am 16. Oktober setzten die in der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) zusammengeschlossenen Staaten den Ölpreis spürbar herauf. Er stieg um gut 70 Prozent. Außerdem verkündeten die OPEC-Ölminister, die Fördermenge um fünf Prozent monatlich zu kürzen, bis ihre politischen Forderungen erfüllt seien. Erstmals setzten die arabischen Staaten das Öl als politische Waffe ein, um Druck auf die Länder auszuüben, die Israel unterstützten. Sie verhängten ein Embargo gegen die USA, die Niederlande, Japan, Kanada und Großbritannien. Andere Staaten distanzieren sich daraufhin von Israel, um nicht selbst boykottiert zu werden.

DIE IMPLIKATIONEN DES KRIEGES WAREN IMMENS. SOWOHL DIE BUNDESREGIERUNG ALS AUCH DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG SAHEN SICH ZU PROMPTEN REAKTIONEN VERANLASST.

In einer Solidaritätsadresse vom 16. Oktober 1973 an die Gewerkschaft Histadrut betonte der DGB das uneingeschränkte Recht des israelischen Volks auf eine friedliche Existenz innerhalb gesicherter Staatsgrenzen. Die Stellungnahme forderte »eine konkrete verbindliche und glaubwürdige Garantie der Großmächte für die Sicherheit der Existenz des Staats Israel, um so die Kriegsgefahr im Nahen Osten auf Dauer zu bannen und den Weg zu einer friedlichen Entwicklung zu öffnen.« In der Sitzung des geschäftsführen-

den Hauptvorstands des DGB am 22. Oktober informierte Heinz Oskar Vetter über die positive Reaktion des israelischen Botschafters und der Gewerkschaft Histadrut.

Nach dem Ausgang des Krieges lieferte der ehemalige DGB-Vorsitzende Rosenberg in der Gewerkschaftspost, der Zeitschrift der IG Chemie-Papier-Keramik, noch eine Analyse der Situation. Er argumentierte in dem mit »Israels Kampf um die Existenz« überschriebenen Artikel, dass Israel sich bereits zum wiederholten Mal gegen eine absolute Übermacht erwehre. Dem Land imperialistische Ambitionen zu unterstellen, wie es etwa die Neue Linke und realsozialistische Länder tun, verkenne die Realität, denn, »Selbstverteidigung ist keine Aggression.« Darüber hinaus sei der jüdische Staat als demokratisches Land von reaktionären Monarchien und Militärdiktaturen umgeben, die sich weder um Minderheiten noch um Frauenrechte scherten. Die arabischen Staaten instrumentalisierten außerdem propagandistisch das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge, kümmerten sich aber real nicht um sie. Rosenberg schloss mit einem pessimistischen Apell: »Heute kämpft Israel um seine Existenz – niemand kann sagen, wer der Nächste sein wird. Und niemand kann sagen, wer diesen unseligen Zirkel von Heuchelei und Verlogenheit, der unsere Welt mit Schrecken und Entsetzen bedroht, endlich einmal zu durchbrechen vermag.«

**DIE SCHWIERIGE LAGE, IN DER SICH ISRAEL
AUCH 25 JAHRE NACH SEINER GRÜNDUNG NOCH BEFAND,
BRACHTE DEN DGB DAZU, DIE BEZIEHUNGEN ZU DER
PARTNERORGANISATION NOCH ENGER ZU GESTALTEN.**

Zunächst schloss der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen mit dem Histadrut-Bezirk Tel Aviv-Jaffo im September 1974 ein Partnerschaftsabkommen. Verabredet wurden neben kontinuierlicher gegenseitiger Information auch vermehrte Begegnungen von Kol-

leg*innen in beiden Ländern und ein permanenter Austausch auf unterschiedlichen Ebenen: von Reisen über inhaltliche Seminare bis hin zum Sport. Abschließend heißt es in dem Abkommen: »In der Erkenntnis, dass mit Unterzeichnung dieser Vereinbarung ein wirksamer Fakt geschaffen ist, der der Befriedung und grösserer sozialer Gerechtigkeit in Europa und dem Nahen Osten dienen soll, verpflichten sich die Vorsitzenden beider Organisationen, über die Einhaltung dieser Partnerschaftvereinbarung zu wachen, und sie mit Leben zu erfüllen.« Damit war der Grundstein für eine Reihe von Abkommen gelegt.

ES FOLGTE AM 3. SEPTEMBER 1975 DAS PARTNERSCHAFTS- ABKOMMEN AUF NATIONALER EBENE ZWISCHEN DEM DGB UND DER HISTADRUT.

Damit wurden die schon lange bestehenden guten Kontakte endgültig formalisiert. Das Abkommen beginnt wie folgt: »Die traditionell engen Beziehungen zwischen dem israelischen Gewerkschaftsbund Histadruth und dem Deutschen Gewerkschaftsbund sowie ihre Partnerschaft im Rahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften haben sich vielfach bewährt und einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Belastungen geleistet, die eine grausame Vergangenheit zwischen beiden Völkern aufgebaut hatte. Solidarität der Arbeiterbewegung und ein gemeinsames Eintreten für eine friedliche Lösung der Konflikte im Nahen Osten hat die engen Bande zwischen den Organisationen weiter gestärkt.« Der Austausch zwischen den Gewerkschaftsbünden solle ausgebaut, die Begegnungen vermehrt und auch die Kontakte auf Bezirksebene verbessert werden. Damit wollen die Organisationen dazu beitragen, wie es im Abkommen abschließend heißt, »den Frieden in der Welt zu fördern und das Lebensrecht aller Menschen mit friedlichen Mitteln zu sichern.«



Deutschland-Besuch des Histadrut-Generalsekretärs Yerucham Meshel (M.) im September 1971, hier im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (l.) und DGB-Vorsitzendem Heinz Oskar Vetter (r.)

Dieser Vereinbarung folgten in den kommenden Jahren weitere Abkommen zwischen dem Histadrut-Bezirk Haifa und dem DGB-Landesbezirk Niedersachsen, zwischen dem Histadrut-Bezirk Jerusalem und dem DGB-Landesbezirk Berlin, 1977 schließlich zwischen dem Histadrut-Bezirk Dan-Hasharon und dem DGB-Landesbezirk Hessen sowie zwischen der Moshav-Bewegung, die für die Errichtung genossenschaftlich organisierter Dörfer eintritt, und dem DGB-Landesbezirk Rheinland Pfalz, Anfang der 1980er Jahre dann zwischen dem Histadrut-Bezirk Beersheva und dem DGB-Landesbezirk Bayern, zwischen dem Histadrut-Bezirk West-Galiläa und dem DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg, 1983 zwischen dem Histadrut-Bezirk Givatayim und dem DGB-Landesbezirk Saarland. Hinzu kamen noch Abkommen von einzelnen DGB-Mitgliedsgewerkschaften mit ihren israelischen Partnerorganisationen. Damit ist die Verbindung zwischen der deutschen und der israelischen Gewerkschaftsbewegung seit Mitte der 1970er Jahre auf eine außergewöhnliche Weise geknüpft.

VERÄNDERUNGEN UND KONSOLIDIERUNG

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vollzogen sich große politische Veränderungen in Israel, die auch die gesellschaftliche Stellung der Histadrut grundlegend berührten. Der Wahlausgang 1977 brach erstmals seit der Staatsgründung die Dominanz der linkszionistischen Parteien im israelischen Parlament. Stattdessen gewann der konservative Likud. Sein Vorsitzender Menachem Begin wurde zum Ministerpräsidenten gewählt.

Politisch war die Histadrut eng mit den linkszionistischen Parteien der Arbeiter*innenbewegung verbunden gewesen. Bei den internen Wahlen zu den Gewerkschaftsgremien konnte diese Strömung zwar ihre Mehrheit sichern, aber das allgemeine gesellschaftliche Umfeld wurde zunehmend schwieriger. Viele Bereiche der Histadrut von der Krankenversicherung bis zum Wohnungsbau, die über die gewerkschaftliche Kernfunktion hinausgingen, stellte die konservative Regierung in Frage und verschärfte die Rahmenbedingungen oder kürzte staatliche Gelder. Die Histadrut verlor sukzessive ihre zentrale gesellschaftspolitische Bedeutung

Neben den innenpolitischen Brüchen vollzogen sich auch außenpolitisch massive Veränderungen für Israel. Der seit 1970 amtierende ägyptische Präsident Anwar as-Sadat hatte das Land aus der bisherigen engen Bindung an die Sowjetunion gelöst und näherte sich nach der für Ägypten schmachvollen Niederlage im Jom Kippur Krieg 1973 langsam an Israel an. Nach ersten Gesprächen im Zuge des Waffenstillstandsabkommens reiste Sadat dann 1977 als erster

arabischer Staatschef nach Israel, wo er auch vor dem Parlament eine Rede hielt. Unter Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter fanden anschließend weitere Verhandlungen statt.

SCHLIESSLICH SCHLOSSEN ÄGYPTEN UND ISRAEL 1979 EINEN FRIEDENSVERTRAG. DAMIT HATTE DAS BEVÖLKERUNGSREICHSTE ARABISCHE LAND ISRAEL FAKTISCH ANERKANNT.

Dieser Friedensvertrag markierte einen Dammbbruch im Nahen Osten und verschob die außenpolitische Dynamik in der Region.

Derartige Entwicklungen waren auch Thema auf den gemeinsamen deutsch-israelischen Seminaren. Vor allem die DGB-Jugend verstärkte ihr Engagement in dieser Hinsicht.

So berichteten die deutschsprachigen »Histadrut Nachrichten«, dass für das Jahr 1978 insgesamt fünf Delegationen aus beiden Ländern im jeweils anderen Land erwartet wurden. Folgende Treffen waren geplant: die Histadrut-Jugend sollte den DGB, junge israelische Betriebsräte die Deutsche Postgewerkschaft, die israelische Metallarbeiter*innenjugend die IG Metall, junge Angestellte die ÖTV sowie junge Betriebsräte der chemischen Industrie Israels die IG Chemie-Papier-Keramik besuchen.

Als Gegenbesuche waren vorgesehen, dass Delegationen der DGB-Landesbezirke Hessen und Bayern zu ihren jeweiligen Partnerbezirken, Funktionär*innen der Deutschen Postgewerkschaft zur israelischen Staatsangestelltengewerkschaft und eine Jugenddelegation der IG Bau-Steine-Erden zur Bauarbeitergewerkschaft Israels entsandt würden.

Außerdem wurde verabredet, die gemeinsamen Geschichtsseminare auszubauen. Ein erstes Seminar zu geschichtlichen Themen war 1977 in Deutschland durchgeführt worden. Im folgenden Jahr sollten dann weitere Bildungsangebote folgen. Die Teilneh-

mer*innen dieser Veranstaltungen behandelten unter anderem das Verhältnis der beiden Gewerkschaftsbewegungen zueinander ebenso wie die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und des (sozialistischen) Zionismus, aber auch die Rolle der Gewerkschaften und die Stellung von Minderheiten in der israelischen Gesellschaft. Nicht zuletzt wurde auch über Friedensperspektiven im Nahen Osten diskutiert.

**DIESE DEBATTEN WURDEN IM VERLAUF
DES LIBANESISCHEN BÜRGERKRIEGS AB 1975
ZUNEHMEND KRITISCHER.**

Die PLO war mittlerweile im Libanon ansässig. Unterstützt von Syrien und anderen Milizen griff sie immer wieder Ziele in Israel an, das mit konkurrierenden Kräften im Nachbarland kooperierte. Nach einem weiteren verheerenden Anschlag von Attentätern auf einen zivilen Bus beschloss Israel stärker einzugreifen. Es besetzte den Süden Libanons militärisch, zog sich aber auf Druck der USA wieder zurück. Ein geschlossenes Waffenstillstandsabkommen hielt jedoch nicht lange. Der Mord an einem Diplomaten in Paris und ein Anschlagversuch auf den Botschafter Israels in London, für die palästinensische Gruppierungen jeweils die Verantwortung übernommen hatten, sowie der Beschuss Israels mit Katjuscha-Raketen führten dazu, dass Israel seine Truppen am 6. Juni 1982 erneut in den Libanon schickte. Es beabsichtigte, die PLO endgültig aus dem Land zu vertreiben. Unter der israelischen Besatzung verübten christliche Milizionäre ein Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, das weltweit Entsetzen hervorrief. Das israelische Eingreifen im Libanon führte auch vor dem Hintergrund der innenpolitischen Veränderungen in Israel zu vermehrter Kritik in grundsätzlich israelsolidarischen Kreisen wie der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unterschiedliche Sichtweisen zu



DGB-Vorsitzender Ernst Breit (3. v. l.) mit Histadrut-Generalsekretär Yerucham Meshel (M.) während einer Israel-Reise im Oktober 1983

den Entwicklungen im Nahen Osten wurden auf den deutsch-israelischen Seminaren kontrovers, aber prinzipiell solidarisch diskutiert.

ÄUSSERST SICHTBAR WURDEN DIE ERINNERUNGSPOLITISCHEN AKTIVITÄTEN DES DGB IM JAHR 1988, ALS SICH DAS NATIONALSOZIALISTISCHE POGROM GEGEN JÜDINNEN UND JUDEN AM 9. NOVEMBER 1938 IN DEUTSCHLAND ZUM FÜNFZIGSTEN MAL JÄHRTE.

Der Dachverband organisierte eine Gedenkveranstaltung im Konzentrationslager Dachau und ein Symposium im Gewerkschaftshaus München am folgenden Tag. Dieses Vorhaben hatte der DGB sowohl mit Überlebenden aus unterschiedlichen Ländern als auch mit der israelischen Partnerorganisation zusammen koordiniert.

**NEBEN DER HISTADRUT WAREN AUCH VERTRETER
DES »FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES«
(FDGB) EINGELADEN, DES GEWERKSCHAFTSDACH-
VERBANDES DER DDR.**

Nach anfänglichem Zögern aus der Befürchtung heraus, den arabischen Verbündeten vor den Kopf zu stoßen, sagte der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch letztlich doch seine Teilnahme und eine Rede zu. Diese Entscheidung war insofern erstaunlich, als die DDR keine Beziehungen mit Israel unterhielt. Folglich hatten die DDR-Gewerkschaften auch keine Kontakte zu israelischen Organisationen und ein FDGB-Vorsitzender hatte bislang noch nicht mit Histadrut-Vertreter*innen gemeinsam an einer Veranstaltung teilgenommen, geschweige denn eine Ansprache gehalten. Neben dem Gedenken auf dem Lagergelände in Dachau wurden noch Diskussionen mit jüdischen Überlebenden und ein deutsch-israelisches Symposium mit Historiker*innen in München durchgeführt.

In seiner Rede auf der Gedenkveranstaltung in Dachau sagte der Histadrut-Generalsekretär Israel Kessar: »Der Einsicht der Unauslöschbarkeit unserer Vergangenheit, für Deutsche und Juden gleichermaßen, sind in der Bundesrepublik und insbesondere im DGB und seinen Gewerkschaften zukunftsichernde Taten gefolgt; die heutige Begegnung weckt in mir die Hoffnung, dass dieser einzig gangbare Weg auch weiterhin beschritten wird, über die Grenzen hinaus ...«

In seinem Abschlusstatement am 10. November 1988 in München dankte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit allen Teilnehmenden für die offene Diskussion und betonte die Besonderheit des gemeinsamen Gedenkens mit israelischen Gewerkschafter*innen.

Diese Entwicklung sei angesichts der deutschen Verbrechen und der Last der nationalsozialistischen Vergangenheit keineswegs selbstverständlich. Er betonte zugleich die Bedeutung Israels für die Jüdinnen und Juden und die Verpflichtung der deutschen Ge-

werkschaftsbewegung für dessen Sicherheit einzutreten. Seine Rede beendete Breit folgendermaßen: »2000 Jahre jüdische Diaspora, begleitet von ständiger Verleumdung und Verfolgung, von Pogromen nicht nur in Deutschland, begleitet auch von dem Gruß ›Nächstes Jahr in Jerusalem‹ [...], soll in der Gründung des Staates Israel [...] ihr Ende finden. Die Histadrut, die wesentliche Beiträge zur Gründung und zum Aufbau des jungen Staates geleistet hat, und der DGB sind seit vielen Jahren in Freundschaft miteinander verbunden. Seit 1975 gibt es einen Partnerschaftsvertrag zwischen beiden Organisationen, den einzigen, den der DGB mit einer ausländischen Organisation eingegangen ist. In unseren vielfältigen Beziehungen haben wir eines nie getan: Wir haben nie die Vergangenheit unter den Teppich gekehrt. Das haben wir auch gestern und heute mit unseren Veranstaltungen demonstriert. Im Bewußtsein der Vergangenheit eine bessere, friedlichere Zukunft aufzubauen, das vereint uns. Auch darum darf ich diese Veranstaltung schließen mit dem Friedensgruß der Juden: Schalom.«

**DIE INTERNATIONALE GEDENKVERANSTALTUNG
DES DGB STIESS AUF EIN GROSSES MEDIALES ECHO,
AUCH BEI AUSLÄNDISCHEN ZEITUNGEN.**

Vor allem hoben mehrere Artikel eine Forderung von Ernst Breit hervor. Der DGB-Vorsitzende hatte sich für die Errichtung einer Holocaust-Gedenkstätte ausgesprochen. Damit erhob der Gewerkschaftsverband bereits früh eine Forderung, deren Umsetzung erst Jahrzehnte später erfolgte.

BRUCH UND NEUBEGINN

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 änderten die Situation in Deutschland, Europa und in der Welt fundamental. Der Kalte Krieg war vorbei, die bisherige Nachkriegsordnung und die Trennung des Kontinents in zwei verfeindete Blöcke beendet. An diese unerwartet neue Lage musste sich der DGB zügig anpassen. Zunächst zeichnete sich eine erfreuliche Entwicklung aus gewerkschaftlicher Sicht ab. Die Mitgliederzahl der Einzelgewerkschaften stieg 1990 sprunghaft durch den Beitritt von Arbeitnehmer*innen aus den neuen Bundesländern von knapp acht auf fast zwölf Millionen. Der DGB eröffnete neue Geschäftsstellen und etablierte organisatorische Strukturen im Osten Deutschlands.

Die ökonomischen Umbrüche, die Transformation der staatlichen Planwirtschaft in eine kapitalistische (soziale) Marktwirtschaft, die damit einhergehende Schließung oder Privatisierung von Fabriken und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ließen die Arbeitslosigkeit in den sogenannten neuen Bundesländern stark ansteigen. Die wirtschaftliche Krise dämpfte die Euphorie vieler Ostdeutscher, die sich nach dem Fall der Mauer eingestellt hatte. Die vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen blühenden Landschaften hatten sich nicht entwickelt, im Gegenteil. Arbeitsplatzverlust, der Zusammenbruch der in der DDR wichtigen betrieblichen Strukturen, die für die Arbeitnehmer*innen über die Arbeitstätigkeit hinaus von großer Bedeutung gewe-

sen waren, und eine weit verbreitete ökonomische Unsicherheit bestimmten das Leben der Menschen in Ostdeutschland für die kommenden Jahre. Diese Phänomene wirkten sich massiv auf den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften aus. Ab 1991 sank die Zahl ihrer Mitglieder im Verlauf des gesamten Jahrzehnts kontinuierlich.

**AUCH IN ISRAEL ÄNDERTE SICH DIE SITUATION
IN DIESEN JAHREN GRUNDLEGENDE. DAVON WAR
DIE HISTADRUT VEHEMENT BETROFFEN.**

Nachdem 1987 die sogenannte erste Intifada die Lage im Nahen Osten noch zugespitzt hatte, machte die Annäherung der Israelis und Palästinenser*innen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zunächst große Fortschritte. Der Osloer-Friedensprozess ab 1993 ließ eine dauerhafte Lösung des Konflikts in greifbare Nähe rücken. Die palästinensische Organisation PLO hatte mit der Sowjetunion ihren wichtigsten Unterstützer verloren und durch die Solidarisierung mit der irakischen Diktatur unter Saddam Hussein nach dem Überfall auf Kuwait im August 1990 ebenfalls massiv an Ansehen in der arabischen Welt eingebüßt. Vor diesem Hintergrund waren die Palästinenser*innen schließlich bereit, die Aussöhnung mit Israel zu suchen. Außerdem schloss der jüdische Staat 1994 das zweite Abkommen mit einem arabischen Land: einem Friedensvertrag mit dem Königreich Jordanien. Neben diesen positiven außenpolitischen Entwicklungen verschärfte sich aber die innenpolitische Situation für die Histadrut ab Anfang der 1990er Jahre spürbar.

Bereits in den Jahrzehnten zuvor hatte sich die Lage für die Organisation nach und nach verschlechtert. Als typische Einwanderungsgesellschaft hatte sich die demographische Struktur Israels seit 1948 ohnehin immer wieder stark gewandelt. Nachdem bis zur Staatsgründung hauptsächlich aschkenasische, also (ost-)europäi-

sche Jüdinnen und Juden in das Gebiet des zukünftigen jüdischen Staates immigriert waren, verschob sich der geographische Schwerpunkt hin zu Einwanderer*innen aus arabischen und (nord-)afrikanischen Staaten. Viele sephardische Juden von dort ließen sich in Israel ab den 1950er Jahren nieder, nachdem sie gezwungen waren, ihre Heimatländer zu verlassen. Für sie besaß die Histadrut eine viel geringere Bedeutung. Sie betrachteten die Gewerkschaft als Teil der aschkenasischen Elite, die die ersten Jahrzehnte nach 1948 alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche dominierte. Die sephardischen Juden hatten deshalb häufig mit Diskriminierung in der israelischen Gesellschaft zu kämpfen. Bereits die erste Wahl einer konservativen Regierung 1977 unter Führung des Likud steht mit diesen sozialen Konflikten in Zusammenhang. Der Likud etablierte sich in den folgenden Jahren als die politische Kraft, die bis in die Gegenwart großen Einfluss auf die israelische Politik ausübt.

**ANGESICHTS EINER KONSERVATIVEN WIRTSCHAFTS-
POLITIK UND DER ÖKONOMISCHEN KRISE IN DEN
1980ER JAHREN GERIET DIE HISTADRUT ZUNEHMEND
IN DIE DEFENSIVE. HINZU TRATEN INTERNE
SCHWIERIGKEITEN UND GROSSE PROBLEME IN DEN
GEMEINWIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMEN.**

Schließlich trat am 1. Januar 1995 ein neues Krankenversicherungsgesetz in Kraft, das unter anderem die freie Wahl der Krankenkasse einführte und den Wettbewerb zwischen den Anbietern verschärfte. Damit war die Kopplung der Histadrut-Mitgliedschaft an eine Krankenversicherung beendet und die Gewerkschaft verlor ihre wichtigste Ressource, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Direkt nach der Einführung des neuen Gesetzes verlor sie deshalb in kurzer Zeit rund zwei Drittel ihrer Mitglieder. Die Anzahl reduzierte sich von 1,7 Millionen auf 600.000.

AUCH DIE INTERNEN MACHTVERHÄLTNISSE IN DER ORGANISATION VERSCHOBEN SICH.

Bei den Histadrut-Wahlen 1994 ging erstmals seit ihrem Bestehen die sozialdemokratische Mehrheit verloren. Die nun dominierenden Kräfte strebten eine ganze Reihe von Veränderungen an, die mit dem Reformkongress Anfang 1995 beschlossen wurden: Die enge politische Bindung an die Sozialdemokratie wurde gelockert und die Histadrut damit als überparteiliche Organisation etabliert, die sich von nun an auch auf die klassischen Gewerkschaftsthemen beschränken sollte. Die Krankenversicherung wurde somit von ihr gelöst, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen verkauft. Ferner sollte die Bürokratie abgebaut und die Einzelgewerkschaften innerhalb des Verbandes gestärkt werden. Damit hatte sich die Rolle der Histadrut in der israelischen Gesellschaft fundamental gewandelt. Sie verfügte nicht mehr über die zentrale Bedeutung, wie in den Jahrzehnten nach der Staatsgründung.

AUCH DIE DEUTSCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG BEFAND SICH IN DEN 1990ER JAHREN IM UMBRUCH.

Die Krisensituation nach der Wiedervereinigung und der deutliche Mitgliederrückgang resultierten letztlich in verschiedenen Zusammenschlüssen. Bisher unabhängige Einzelgewerkschaften fusionierten zu neuen Organisationen wie der IG Bau oder der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Andere kleinere Gewerkschaften schlossen sich größeren an. Den Abschluss dieses Veränderungsprozesses markierte die Gründung von ver.di 2001. Damit reduzierte sich die Anzahl der Mitgliedsorganisationen im DGB von einst 17 auf acht. Diese Neustrukturierung konsolidierte den Dachverband und die Einzelgewerkschaften organisatorisch und finanziell.

Trotz dieser Umbruchsprozesse der Gewerkschaftsbewegungen

in Deutschland und Israel lief die Kooperation zwischen dem DGB und der Histadrut weiter. Gemeinsame Seminare und gegenseitige Besuche fanden statt, wenn auch in einem etwas geringeren Umfang. Dieses gute Verhältnis bedeutete aber keine Übereinstimmung in allen Fragen.

**FÜR IRRITATION HATTEN BEISPIELSWEISE
DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN ZWISCHEN
DEN DEUTSCHEN UND ISRAELISCHEN GEWERK-
SCHAFTEN HINSICHTLICH DES SOGENANNTEN
ZWEITEN GOLFKRIEGS GEFÜHRT.**

Nach dem irakischen Überfall auf Kuwait im August 1990 fand sich eine internationale Koalition unter amerikanischer Führung zusammen, um die kuwaitische Souveränität notfalls auch mit Waffengewalt wieder herzustellen. Dagegen formierte sich in Deutschland eine Friedensbewegung, die mit der Parole »Kein Blut für Öl« zu Demonstrationen mobilisierte. Auch der DGB schloss sich an und plädierte für eine friedliche Lösung des Konflikts. So sagte der damalige Vorsitzende Heinz-Werner Meyer: »Lieber Jahre verhandeln als Stunden Krieg führen.« Zugleich forderte der DGB aber deutlich, dass sich die irakischen Truppen aus dem Nachbarland zurückziehen sollten, und den Stopp deutscher Waffenexporte in die Region. Lieferungen aus Deutschland hatten den Irak unter Saddam Hussein erst massiv aufgerüstet, unter anderem mit Giftgas. Obwohl Israel mit dem Konflikt nichts zu tun hatte, drohte der Irak, das Land mit Scud-Raketen zu beschießen, die auch chemische Kampfmittel transportieren können. Deswegen wurden in Israel als Vorsichtsmaßnahme Gasmasken an die Bevölkerung verteilt. Letztlich feuerte der Irak mehrere konventionelle Raketen auf den jüdischen Staat. Die israelische Regierung reagierte dennoch zurückhaltend und ließ sich nicht in diesen Krieg hineinziehen.

**ANGESICHTS DIESER BEDROHUNGSLAGE ENTSANDTE
DER DGB MITTEN IM KRIEG EINE DELEGATION
DER BEIDEN VORSTANDSMITGLIEDER REGINA GÖRNER
UND LOTHAR ZIMMERMANN ZUR ISRAELISCHEN
PARTNERORGANISATION.**

Außerdem erklärten mehrere DGB-Bezirke ihre Solidarität mit den israelischen Partnern. So schrieb der damalige Vorsitzende des Bezirks Niedersachsen, Karl Neumann, am 22. Januar 1991, fünf Tage nach dem ersten Beschuss Israels, an den Histadrut-Bezirk Haifa: »In diesen Tagen verfolgen wir entsetzt und tief betroffen die Kriegshandlungen. Mit Empörung und Abscheu haben wir von den verbrecherischen Raketenangriffen des Irak auf das im Krieg unbeteiligte Israel erfahren. In dieser Situation möchten wir unsere Verbundenheit bekunden und Euch unsere Solidarität in den schweren Stunden versichern.« Zugleich betonte er, dass Krieg keine Lösung sein könne und es zu Verhandlungen kommen müsse. Diese Einschätzung teilten viele Israelis nicht.

Die Meinungsverschiedenheit zeigte sich auch bei einer Pressekonferenz des DGB Bayern mit einer zweiköpfigen Delegation der Histadrut aus dem Partnerbezirk Beer Sheva im Frühjahr 1991. Dabei drückte ein israelischer Delegierter sein Befremden über die großen Friedensdemonstrationen und die in Deutschland auch bei vornehmlich jungen Gewerkschafter*innen vorhandene Solidarität mit den Palästinenser*innen aus. Er habe Worte der Solidarisierung mit Israel vermisst, so der Delegierte der Histadrut. Jedoch habe der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser einen Solidaritätsbesuch im Land abgestattet, den er sehr zu schätzen wisse. Schösser wiederum erläuterte, dass in den beiden Ländern eine unterschiedliche Einschätzung der Friedensbewegung vorherrsche. Der verbreitete abstrakte Wunsch nach Frieden in der jungen Generation in Deutschland resultiere aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte. In Israel würden andere Konsequenzen daraus ge-

zogen. Die Partnerschaft und Freundschaft der beiden Gewerkschaftsbewegungen, so Schösser, müsse auch dazu dienen »nicht nur politische Streicheleinheiten auszutauschen, sondern auch über unterschiedliche Erfahrungsansätze zu sprechen.«

DIESER NOTWENDIGKEIT KAM DIE GEWERKSCHAFTSNAHE HANS-BÖCKLER-STIFTUNG NACH, INDEM SIE BEREITS IM MÄRZ 1991 EIN KURZFRISTIG ANBERAUMTES SEMINAR ZUM THEMA »DEUTSCHLAND, ISRAEL UND DER NAHE OSTEN« DURCHFÜHRTE.

Als Referent*innen waren dazu israelische und palästinensische Wissenschaftler*innen, jüdische und arabische Journalist*innen sowie ein deutsch-jüdischer Professor eingeladen.

In einem internen Papier vor Beginn der Kampfhandlungen hielt der DGB auch fest, dass eine besondere Haltung notwendig würde, falls Israel doch in den Krieg hineingezogen werden sollte. In einer offiziellen Stellungnahme zur Lage am Golf erklärte der DGB-Bundesausschuss im März 1991 erneut die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung durch Verhandlungen. Zugleich betonte er: »Der DGB bekräftigt das Existenzrecht Israels und die Solidarität mit seiner Bevölkerung« sowie deren Recht in Zukunft ohne Angst vor Überfällen in Partnerschaft mit den Völkern und Staaten in der Region zusammenzuleben.



DGB-Vorsitzender Dieter Schulte und Histadrut-Generalsekretär Amir Peretz im Rahmen des Gesprächsaustausches beider Gewerkschaftsvorstände in Tel Aviv im April 1997

**SOMIT VERTRAT DER DGB EINERSEITS DEZIDIERT
EINE FRIEDENSPOLITISCHE POSITION, BETONTE JEDOCH
ZUGLEICH ANDERERSEITS DIE UNVERBRÜCHLICHE
SOLIDARITÄT MIT DEM JÜDISCHEN STAAT UND SEINEN
BEWOHNER*INNEN.**

Dieser schwierige Spagat unterschied den Dachverband von der Mehrheit der deutschen Friedensbewegung, die sich in keiner Weise um Israel zu sorgen schien.

Derartige Meinungsverschiedenheiten, die aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen oder aus divergierenden Perspektiven auf den Nahost-Konflikt resultierten, traten immer wieder auf, wurden zwischen der deutschen und israelischen Gewerkschaftsbewegung aber solidarisch ausgetragen und erschütterten die Beziehung nicht

grundlegend. So besuchte eine Histadrut-Vorstandsdelegation 1993 Sachsen und läutete damit den Aufbau direkter Beziehungen der israelischen Gewerkschaften mit den Partnerorganisationen in den östlichen Bundesländern ein. Um die jahrzehntelangen Beziehungen zu würdigen, veröffentlichte der DGB 1995 anlässlich des 20. Jahrestages des Partnerschaftsabkommens mit der Histadrut außerdem eine Broschüre über die Entwicklung des gegenseitigen Verhältnisses. Im Vorwort betonte der damalige DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, dass das Partnerschaftsabkommen mit der Histadrut 1975 für die deutsche Gewerkschaftsbewegung »einen einzigartigen Stellenwert« aufweise. Als einziges Abkommen dieser Art hat es diese Bedeutung für den DGB bis heute behalten. Deshalb wurde es bereits vor 30 Jahren mit einem großen Festakt in Düsseldorf unter Anwesenheit israelischer Gäste und des damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, gewürdigt.

SOLIDARITÄT UND DIFFERENZEN

Die Institutionalisierung der deutsch-israelischen Gewerkschaftsbeziehungen im Partnerschaftsabkommen des DGB mit der Histadrut 1975 hat das Fundament für ein Verhältnis gelegt, das auch im neuen Jahrtausend noch trägt. Die Austauschbeziehungen zwischen beiden Verbänden finden bis in die Gegenwart trotz aller schwierigen äußeren Umstände ihre Fortsetzung.

Der stockende Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinenser*innen, die Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft und die politische Rechtsentwicklung in Israel haben die Beziehungen zwischen den deutschen und den israelischen Gewerkschaften bei allen Differenzen nicht grundlegend erschüttert. Ganz im Gegenteil: Der deutsche und der israelische Dachverband arbeiten beständig an deren Festigung und Weiterentwicklung, um diese einzigartige transnationale Kooperation den neuen Anforderungen entsprechend zu gestalten.

In der Amtszeit des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ab 2002 zeigte sich die Bedeutung, die der deutsche Dachverband für die israelische Partnerorganisation auf internationaler Ebene seit langer Zeit einnimmt, in besonderer Deutlichkeit. Seit Mitte des Jahrzehnts erlebte die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen), die zum umfassenden kulturellen und wirtschaftlichen Boykott Israels aufruft, international einen großen Aufschwung. Die Kampagne ist in Deutschland äußerst umstritten und

wird von ihren Kritiker*innen als antisemitisch charakterisiert. Nichtsdestotrotz erfreut(e) sich die Forderung nach einem Boykott des jüdischen Staates auch in Gewerkschaftskreisen zahlreicher Länder sowohl des globalen Südens als auch Europas großer Unterstützung. Michael Sommer sprach sich als erster stellvertretender Präsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) strikt gegen die BDS-Forderungen aus, und unterstrich, dass er als DGB-Vorsitzender Beschlüsse zum Boykott Israels keinesfalls mittragen werde. Der DGB erweist sich mit seiner deutlichen Haltung als verlässlicher Bündnispartner der Histadrut.

DIE UNZWEIDEUTIGE SOLIDARISIERUNG MIT ISRAEL GEHT BEIM DGB MIT VERSUCHEN EINHER, DIE VERSTÄNDIGUNG IM NAHOSTKONFLIKT VORANZUBRINGEN UND EINE AUSGLEICHENDE ROLLE ZUM PALÄSTINENSISCHEN GEWERKSCHAFTSBUND PGFTU EINZUNEHMEN.

So vermittelte der DGB bei einem Abkommen zwischen PGFTU und der Histadrut hinsichtlich der Rechte palästinensischer Arbeitnehmer*innen in Israel, das 2008 geschlossen wurde.

Solche Vermittlungsbemühungen wurden unter dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann ab 2014 weiter forciert. Er hatte schon vor diesem Amt im Vorstand der Fritz-Naphtali-Stiftung und als stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) einen starken Fokus auf der internationalen Gewerkschaftspolitik. Als DGB-Vorsitzender rief er unter anderem eine Steuerungsgruppe mit dem palästinensischen Dachverband PGFTU und der Histadrut mit dem Ziel ins Leben, die schlechten Bedingungen der hunderttausend palästinensischen Wanderarbeiter*innen zu verbessern, die täglich zur Arbeit nach Israel kommen. Ihre Situation hatte sich seit der Zweiten Intifada zu Beginn der 2000er Jahre stetig verschlechtert. Die von Hoffmann

eingesetzte Steuerungsgruppe tagte seit 2015 mehrmals pro Jahr, häufig in der deutschen Botschaft in Tel Aviv. Folglich nahm der DGB immer wieder eine wichtige Vermittlerrolle zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Gewerkschaftsdachverband ein.

**VIELE DIESER KOOPERATIONSMASSNAHMEN WURDEN
VON DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG FINANZIERT.
DIE GEWERKSCHAFTSNAHE STIFTUNG SPIELT SEIT
JAHRZEHNEN BIS IN DIE GEGENWART EINE WICHTIGE
ROLLE IM AUSTAUSCH MIT ISRAEL.**

Sie intensiviert ihre Programme mit israelischen Partnern seit dem Ende der Corona-Maßnahmen wieder auf unterschiedlichen Ebenen. So finden etwa regelmäßig gemeinsame Projekte von deutschen und israelischen Wirtschaftswissenschaftler*innen statt, ebenso wie Israelreisen als Teil der ideellen Förderung für die Stipendiat*innen. Hierbei geht es vor allem darum, auch im Austausch mit palästinensischen Organisationen und durch Besuche im Westjordanland, zu vermitteln, wie komplex sich die Situation in Israel darstellt, und die unterschiedlichen Perspektiven kennenzulernen.

Das in Zusammenarbeit mit dem Academic College of Tel Aviv-Yaffo und dem Macro Center of Political Economics gestaltete Programm »Leaders at Work« bringt Stipendat*innen der Stiftung mit israelischen Kommiliton*innen für ein Jahr in einen intensiven Austausch in beiden Ländern zusammen.

Seit einiger Zeit organisiert die Stiftung außerdem jährlich in Zusammenarbeit mit der zentralen israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ein Seminar über den pädagogischen Umgang mit der Vernichtungspolitik des NS-Regimes und die Zukunft der Erinnerungspolitik für angehende Lehrkräfte und in der Bildungsarbeit Tätigen.



Bundesjugendausschuss (Oktober 2023)

Das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, als an einem Tag so viele Jüdinnen und Juden ermordet wurden wie seit dem Holocaust nicht mehr, und die Nachwirkungen bedeuteten auch für den DGB einen Einschnitt. Er gab eine klare Solidaritätserklärung ab.

In einem Brief an die Histadrut heißt es: »In dieser dunklen Stunde für Israel stehen der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften sowie seine Jugendorganisation DGB-Jugend an Ihrer Seite.«

Und weiter: »Unser gemeinsamer Kampf für Frieden, Freiheit, Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft ist das, was uns immer verbindet und stark macht. Jede Form von Terrorismus, willkürlichen Tötungen und Verschwindenlassen ist inakzeptabel und wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.« Zusätzlich versicherte der DGB während einer ersten Solidaritätsreise nach Israel im Februar 2024 die bleibende Solidarität mit der Histadrut.

Der Terrorakt der Hamas zerstörte auch den Austausch der deutschen Gewerkschaften mit dem palästinensischen Dachverband

PGFTU, nachdem dieser in einer Stellungnahme das Massaker des 7. Oktober nicht verurteilt, sondern ausschließlich die israelische Reaktion darauf, den Militäreinsatz im Gaza-Streifen, kritisiert hatte.

Bei Redaktionsschluss für diese Broschüre war es offen, ob und wie dauerhaft die Mitte Januar 2025 geschlossene Feuerpause anhält. Die Ausweitung des Konflikts in den Libanon durch die vom Iran finanzierte Hisbollah, der Beschuss Israels durch die islamistischen Houthi-Milizen im Jemen und der jüngst erfolgte Kollaps der Assad-Diktatur in Syrien haben die Situation im Nahen Osten weiter angespannt. Die Zukunft der Region scheint so ungewiss wie seit langem nicht mehr, aber zugleich auch offen.

Jedoch haben das militärische Vorgehen Israels und die Politik der aktuellen Likud geführten Regierung mit ihren rechtsextremen Koalitionspartnern die Kritik am jüdischen Staat weltweit wachsen lassen. Die Geschehnisse seit dem 7. Oktober 2023 in Deutschland legen davon vielfach Zeugnis ab. Diese Kritik findet auch in Teilen der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft ihren Widerhall.

**UMSO WERTVOLLER IST DIE GRUNDSÄTZLICHE
SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DES DGB MIT ISRAEL,
DAS UNZWEIDEUTIGE BEKENNTNIS ZUR EXISTENZ
DES JÜDISCHEN STAATES.**



Empfang des israelischen Staatspräsidenten Jitzaak Herzog (2. v.l.) der Spitzen-delegation des DGB unter Leitung der Vorsitzenden, Yasmin Fahimi, am 5. 2. 2025. Rechts von ihr der Vorsitzende der Histadrut, Arnon Bar-David

Diese Haltung bedeutet keineswegs, jedes Verhalten einer israelischen Regierung gutzuheißen oder sich mit Kritik, beispielsweise an der Siedlungspolitik, zurückzuhalten. Unterschiedliche Sichten diskutieren deutsche Gewerkschafter*innen mit ihren israelischen Kolleg*innen gerade im Rahmen der vielfältigen Austauschprojekte in solidarischer Weise.

2025 sollen anlässlich des 50. Jahrestags des Partnerschaftsabkommens zwischen dem DGB und der Histadrut eine israelische Delegation nach Deutschland kommen sowie ein Gegenbesuch



Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi bei einer Gedenkzeremonie für die in der Shoa ermordeten Juden in der zentralen Gedenkstätte Israels, Yad Vashem, am 5. 2. 2025

stattfinden. Außerdem ist das erste Fritz-Naphtali-Forum als Austausch von deutschen Gewerkschafter*innen und Wissenschaftler*innen mit Kolleg*innen aus Israel geplant. Ebenso werden die Aktivitäten in einigen Bezirken forciert. Besonders aktiv ist im Hinblick auf die Beziehungen mit Israel auch weiterhin die DGB-Jugend.



DGB-Delegation bei der Histadrut am 5. Februar 2025

**DAS PARTNERSCHAFTSABKOMMEN VON 1975
UND DIE JAHRZEHNTELANGE ENGE ZUSAMMENARBEIT
ZWISCHEN DEM DGB UND DER HISTADRUT BILDEN
DIE STABILE GRUNDLAGE EINER AUSSERGEWÖHNLICHEN
BEZIEHUNG ZWEIER GEWERKSCHAFTSVERBÄNDE
ÜBER NATIONALE GRENZEN HINWEG.**

Die Geschichte, Entstehung und Entwicklung dieses Verhältnisses wieder stärker in Erinnerung zu rufen, ist das Ziel der Broschüre. Sie unterstreicht die Notwendigkeit einer kontinuierlichen und aktiven gewerkschaftlichen Erinnerungspolitik. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ermöglicht ein besseres, fundierteres Verständnis der Gegenwart in ihrer ganzen Komplexität.

LITERATURHINWEISE

Deutsche Gewerkschaften und Israel

Ahland, Frank: Bürger und Gewerkschafter. Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977. Eine Biografie, Essen 2016.

Archiv der Münchner Arbeiterbewegung: »Freundliche Grüße und Shalom!« Der Austausch von Gewerkschaftsdelegationen zwischen dem DGB-Landesbezirk Bayern und der israelischen Histadrut Region Negev/ Beer Sheva, München 2018.

Hans-Böckler-Stiftung: Auf dem Weg zur Kooperation. Zur aktuellen Situation Israels im Nahen Osten, Düsseldorf 1995.

Hemmer, Hans-Otto/Simon, Hartmut: Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker, Frankfurt 2000.

Herzig, Lea: Der DGB im Spannungsfeld »Naher Osten«. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der israelischen Histadrut, in: Schmidt, Lennard, u. a. (Hg.): Antisemitismus zwischen Kontinuität und Adaptivität. Interdisziplinäre Perspektiven auf Geschichte, Aktualität und Prävention, Göttingen 2022, S. 211–226.

Holtmann, Phillip: Wie die Gewerkschaften die deutsch-israelischen Beziehungen förderten, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2015, online unter: <https://www.boell.de/de/2015/04/16/wie-die-gewerkschaften-der-nachkriegszeit-die-deutsch-israelischen-beziehungen-aufbauten>

Köcher, Thomas: »Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!«? Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den 50er und 60er Jahren, Münster 2004.

Lange, Gunter: Siegfried Aufhäuser. Ein jüdischer Fabrikantensohn bewegt die Angestellten, in: Hirsch, Jacob (Hg.): Jüdische Menschen in der Arbeiterbewegung. Porträts – Debatten – Motive, Bonn 2023, S. 131–137.

Maschke, Manuela: Mut zur Begegnung. Der deutsch-israelische Jugendaustausch zwischen dem DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen und der Histadrut Bezirk Tel Aviv-Jaffo, Düsseldorf 1996.

Riemer, Jehuda: Fritz Perez Naphtali. Sozialdemokrat und Zionist, Gerlingen 1991.

Schneider, Karlheinz/ Simon, Nikolaus: Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1984.

Schneider, Michael: Walter Hesselbach. Bankier und Unternehmer, Bonn 1995.

Steppuhn, Dieter (Hg.): Begegnungen in schwieriger Zeit. Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten berichten über eine Studienreise durch Israel, Düsseldorf 2003.

Veit, Winfried: Von der Versöhnung zur Partnerschaft
40 Jahre Israel-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2018.

Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Ausarbeitung. Der Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der SPD und der Gewerkschaften, Berlin 2015.

Die israelische Gewerkschaft Histadrut

Ben-Meir, Dov: Histadrut. Die israelische Gewerkschaft, 2. Auflage, Bonn 1986.

Maschke, Manuela: Die israelische Arbeiterorganisation Histadrut. Vom Staat im Staate zur unabhängigen Gewerkschaft, Frankfurt am Main 2003.

Nathanson, Roby: Union responses to a changing environment: The New Histadrut – The General Federation of Labour in Israel, working paper, Geneva 1999.

Pirker, Theo: Die Histadrut. Gewerkschaftsprobleme in Israel, Tübingen 1965.

Tanny, Schlomo (Hg.): Die Histadrut. Eine Auswahl von Texten zum Allgemeinen Arbeiterverband Israels, Wien 1984.

Deutsch-israelische Beziehungen

Diner, Dan: Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015.

Hansen, Niels: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002.

Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945–1965
Ein neurotisches Verhältnis, München 2004.

Segev, Tom: Die siebte Million: Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Hamburg 1995.

Vogel, Rolf (Hg.): Deutschlands Weg nach Israel. Eine Dokumentation, Stuttgart 1967.

Weingardt, Markus: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt am Main / New York 2002.

Geschichte Israels

Brenner, Michael: Geschichte des Zionismus, München 2002.

Brenner, Michael: Israel: Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates.
Von Theodor Herzl bis heute, München, 2. Auflage 2023.

Morris, Benny: 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg, Leipzig 2023.

Morris, Benny: Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict,
1881–2001, New York 2001.

Shapira, Anita: Israel. A History, Waltham 2012.

Shapira, Antia: Ben-Gurion. Father of Modern Israel, New Haven / London 2014.

Abbildungsnachweise

S. 4/9/10/13 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
der Friedrich-Ebert-Stiftung, 5DGAJ000361
S. 8 DGB / Fotograf Benno Kraehahn; Histadrut
S. 29 AdsD, DGA1001666-12 **S. 30** AdsD, 5DGA1002972-03
S. 36 AdsD, DGA1001666-04b **S. 37** AdsD, DGA1001666-04a
S. 39 AdsD, 5DGAJ000189-1-01 **S. 43** AdsD, DGA1001162
S. 44 AdsD, DGA1001162-04a **S. 48** AdsD, 6/FOTA050183
S. 49 AdsD image003 **S. 52** AdsD, 5DGAJ000638-04
S. 55 AdsD, 6-FOTB051167; AdsD, 6/FOTA020230;
dpa Picture-Alliance GmbH **S. 56/57** AdsD, 5DGAJ000358-23
S. 61 AdsD, 6-FOTA01308; dpa Picture-Alliance GmbH
S. 65 AdsD, 6/FOTA197841; NRZ **S. 69** AdsD, 6/FOTA191729;
Israel Hadari, Tel Aviv **S. 79** FA143318; Israel Hadari, Tel Aviv
S. 84 DGB-Gewerkschaftsjugend **S. 86/87/88** Fotograf:
Bernhard Schulz (DGB)

Impressum

Herausgeberinnen:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Hans-Böckler-Stiftung

Redaktionsleitung: Dieter Pougin
Redaktion: Jule Ehms, Bernhard Schulz
Text: Sebastian Voigt
Bildrecherche: Amanda Witkowski
Gestaltung: Manja Hellpap,
typografie.berlin

Druck: Buch- und Offsetdruckerei
Heenemann, Berlin

Copyright © Hans-Böckler-Stiftung,
Düsseldorf 2025

ISBN 978-3-86593-412-3

המפגש
הקרוב
רבים הם
להורכב נבק
עובדי ישראל
אשר נוכחו לר
גרמניה חדשה ו

פיתוח נוסף של הח
מדיניות וכלכליות ו
האפשרויות המשותפות
הביולטריות ותן בתחום
הסובים הקיימים בנייה

מפגשים ביולטריות יתרו ב
נסיון בשדה הפיתוח של דמוק
וכן בתחום פיתוח הנוסף של

Vereinbarung
zwischen dem israelischen Gewerk
HISTADRUTh
und dem
DEUTSCHEN GEMEINSCHAFTSBUND

Die traditionell enge Freundschaft und Zusammen
Gewerkschaftsbund HISTADRUTh und dem Deutschen
nerschaft im Rahmen des Internationalen Bunde
vielfach bewährt und einen entscheidenden
geleistet, die eine grausame Vergangenheit
hatte. Solidarität der Arbeiterbewegung
liche Lösung der Konflikte im Mahen Os
nisationen weiter gestärkt.

Viele Gewerkschafter aus der Bundes
im Verlauf der vergangenen Jahre
Aufbaumühnungen der israelische
Besucher der Histadruth in der
neuen demokratischen Deutsche

Ein weiterer Ausbau des Info
beiden Organisationen über
beiden Ländern, de
Gestaltung